

Arbeiter-Zeitung

Gesamt täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Streifenband 3,00 M. Einzelnummernpreis: Die beigefaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Belegblätter und Belegblätter 8 Pf., Belegblätter 6 Pf., Belegblätter 4 Pf., Belegblätter 2 Pf., Belegblätter 1 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kraszewski Straße 50, Telefon 550 59. Postfach 514. Filial-Expeditionen: Breslau, Kraszewski Straße 50, Telefon 230 02; Glogow, Kraszewski Straße 12-13, Montag bis Freitag von 11-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glogow, Wilhelmstraße 20, Telefon 4088; Glogow, Silesia, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-18 Uhr, Geschäftszeit am Hauptberlagsort Breslau. — Freitag: 8 Uhr, Geschäftszeit am Hauptberlagsort Breslau. — Druck: „Vauban“ Berlin SW. Breslau, Kraszewski Str. 50.

Klasse gegen Klasse Werttätige, der Ruhrkampf ist Euer Kampf!

Die Parteikonferenz lenkt das Augenmerk der ganzen Partei und aller revolutionären Gewerkschaftler auf die hervorragende politische Bedeutung der gegenwärtigen und kommenden Wirtschaftskämpfe für die ganze revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse. Die wachsenden Gegensätze im kapitalistischen System und die wachsenden Gegensätze zwischen Proletariat und Unternehmungsklassen drängen mit elementarer Wucht zu immer größeren ökonomischen Kämpfen mit stärksten politischen Auswirkungen. Unternehmerröhrigkeit und Linksbewegung der Arbeiter kommen aus den gleichen Ursachen und stoßen in die gleiche Richtung. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die sich zum Industriefrieden und zur Wirtschaftsdemokratie bekennet, ist nicht nur unwillig und unfähig, in diesen unvermeidlichen und sich ständig verschärfenden Klassenkämpfen die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen: ihre Politik ist offene Sabotage der Wirtschaftskämpfe, organisierter Streikbruch (Hamburger Hafen), offenes Eintreten für die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft bei gleichzeitig stärkster Attitüde auf die revolutionären Gewerkschaftler, durch Verleumdung und Ausschluß.

Die kommunistische Internationale stellt darum an die Kommunisten als eine ihrer führenden Hauptaufgaben die Vorbereitung, Auslösung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe, auch gegen den Willen der Reformisten.

Zu diesem Zwecke wird die Mobilisierung der ganzen Partei mit allen ihren Kräften für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit und die Wirtschaftskämpfe gefordert.

„Die Partei muß eine führende Rolle in jedem Wirtschaftskampf der Arbeiter erobern, sie muß in jedem einzelnen Streik mit den Reformisten um den entscheidenden Einfluß auf die Massen ringen.“

Darum gibt es für die Kommunisten keine Neutralität gegenüber den Reformisten in ihrer Taktik in den Wirtschaftskämpfen. Um den Kampf um die Interessen der Arbeiter führen, um die Einheitsfront der kämpfenden Massen von unten herstellen zu können, müssen in allen Kämpfen auf Initiative der Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftsopposition in allen am Kampf beteiligten Betrieben und über das ganze Kampfgebiet

Streikleitungen von allen am Streik Beteiligten und aus deren Mitte selbst gewählt werden.

Nur dadurch ist es möglich, den Reformisten die Möglichkeit zu nehmen, die Front der Arbeiter nach ihrer verschiedenen gewerkschaftlichen Zusammengehörigkeit und in Organisierte und Unorganisierte zu spalten. Die Einheit der Streikfront ist die unerläßliche Voraussetzung des Sieges für die Arbeiter.

Die Aussperrung in der Hüttenindustrie und die Androhung der Aussperrung von 500 000 Textilarbeitern müssen mit der größten Aktivierung der ganzen deutschen Arbeiterklasse beantwortet werden.

In allen Teilen des Reiches, in allen Betrieben und in allen Gewerkschaften müssen die Parteigenossen Anträge einbringen, um eine aktive Stellungnahme der Belegschaft und Gewerkschaftsmitglieder zu diesen Kämpfen und zur Verteilung der schädlichen reformistischen Politik herbeizuführen. Zellen und Fraktionen müssen die größte Initiative und die höchste Aktivität in dieser Richtung entfalten. Insbesondere müssen sie die politischen Zusammenhänge dieser großen Wirtschaftskämpfe aufzählen. Sie bieten die beste Gelegenheit, die sozialdemokratische Staatsstheorie als Stütze der kapitalistischen Diktatur und die Wirtschaftsdemokratie als die Politik zur Verwirrung und Sprengung der Arbeiterklasse zu entlarven. Sie bieten die beste Gelegenheit, um einen Massenaufmarsch gegen das Schlichtungswesen zu entfachen. Wir stehen am Anfang einer großen Streikwelle, und nur die größte Aktivität der Massen selbst kann den Sieg der Arbeiter sichern. Die Unternehmer erklären selbst, daß die erfolgreiche Durchführung der Hüttenarbeiteraussperrung der Auftakt zur Niederwerfung der Gesamtarbeiterschaft ist und ihre tarifliche Bindung zu Hungerlöhnen bei langer Arbeitszeit auf viele Jahre bringen soll. Das bedeutet zugleich Sicherung der imperialistischen Politik und der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.

Im Hüttenarbeiterkampf steht als unmittelbares Kampfziel die Durchsetzung der Lohnforderung von 15 Pf. pro Stunde und der Achtstundentag. Darum

n-der mit dem Hungerstreik, weg mit dem verbrecherischen Schlichtungssystem!

Alle Kräfte müssen eingesetzt werden für eine aktive Verbreiterung der Kampffront durch Aufstellung von Lohn- und Arbeitszeitforderungen im Bergbau, im Verkehrswesen (Eisenbahn, Hafen, Schifffahrt), in den Gas- und Elektrizitätswerken, im Kampfgebiet der Hüttenarbeiter und Vorbereitung des Kampfes zur Durchsetzung dieser Forderung.

Breite Massenmobilisierung ist notwendig durch Flugblätter, Versammlungen und Demonstrationen besonders vor den Betrieben, unter Propagierung politischer Forderungen, wie:

Kampf gegen die sozialdemokratische Koalitionsregierung und für die Arbeiter- und Bauernregierung
als der einzigen realen Möglichkeit, die Diktatur der Hüttenbarone zu brechen.

Der Kampf für die Bildung gewählter einheitlicher Streikleitungen, in denen auch Vertreter der breiten unorganisierten Massen sitzen müssen, und die Zusammenschließung dieser Streikleitungen über das ganze Kampfgebiet und die einzelnen Untergebiete muß verstärkt werden.

In allen Gebieten der Textilindustrie, nicht nur in den von der Aussperrung bedrohten Gebieten, muß die größte und schnellste Mobilisierung der Arbeiter erfolgen. Besonders in den von der Aussperrung bedrohten Orten und Betrieben sind Aktionen zu organisieren zur Durchsetzung ihrer Lohn- und Arbeitszeitforderungen. Im ganzen Reich müssen die Arbeiter aller Kategorien zur Solidaritätsbewegung veranlaßt werden:

Sympathieerklärungen für die Kämpfenden in den Betrieben, Organisierung von Versammlungen und Kundgebungen, insbesondere Organisierung von Selbstmahlungen, die gleichzeitig zu einer Aufklärungskampagne gegen die imperialistische Unternehmerpolitik und die Verberblichkeit der reformistischen Theorie und Progris verwendet werden müssen.

Die I. U. S. ist mit aller Kraft zu unterstützen, um die Sammelaktion

und die Verteilung des Gesammelten unter den Kämpfenden erfolgreich zu gestalten. Die ganze Partei muß die gegenwärtigen massenaushlenden Streikbewegungen zu einer intensiven Werbung für den Klassen-eintritt in die Gewerkschaften und die kommunistische Partei ausnutzen.

Setzt alle Kräfte ein, um die Macht der Truhherren zu brechen!

Setzt alle Kräfte ein, um das Schlichtungssystem zu Fall zu bringen!

Setzt alle Kräfte ein zum Kampf gegen die sozialdemokratische Koalitionsregierung!

Kämpft mit aller Macht gegen den reformistischen Verrat an der Arbeiterklasse durch die Aktivierung breiterer Massen und durch Vertreibung der reformistischen Verräter aus den Gewerkschaften!

Es lebe der Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik!

Für die Herstellung der breitesten Einheitsfront des Proletariats gegen imperialistische Unterdrückungs- und Belegpolitik!

Für den Sturz der Bourgeoisie, für die proletarische Diktatur!

Reichsparteiarbeiterkonferenz der SPD.

Blutige Polizeiatacken gegen Streikende

Essen, 8. November. (Eig. Drahtber.) Hier kam es gestern zu großen Unruhen. Ein großer Demonstrationszug von Tausenden ausgesperrter Arbeiter zog zum Rathaus und verlangte die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung. Die Schupo ging in rigorosster Weise gegen die demonstrierenden Arbeiter vor und verjagte, den Demonstrationszug blutig auseinanderzuschlagen. Die Erregung der Arbeiter ist groß.

Die Unternehmer solidarisch

Düsseldorf, 8. November. (Eig. Drahtber.) Der Großhandelsverband im Handelsbezirk Düsseldorf e. V. versendet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem nach einem Hinweis auf die Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie „auf Grund übertriebener Forderungen“ u. a. gesagt wird: „Wir bitten unsere Mitglieder, als Arbeitgeber das notwendige Verständnis aufzubringen und von einer Einstellung ausgesperrter Arbeiter Abstand zu nehmen. Vor allem bitten wir diejenigen Großhandelszweige, die mit dem Einzelhandel zusammenarbeiten, für Aufklärung in den Kreisen ihrer Abnehmer dahingehend zu sorgen, daß die Entnahme von Ware auf Vorkauf nicht überhandnimmt.“

Die Hilfsaktion der I. U. S.

Essen, 8. November. (Eig. Drahtber.) Am Mittwoch wird die Internationale Arbeiter-Hilfe in Essen die Speisungen aufnehmen. Am Donnerstag folgt die Aufnahme der regelmäßigen Lebensmittelverteilung in Hamborn und Bochum. Am Freitag wird sie vermutlich auch in den anderen Ortschaften in Funktion treten.

Oberbürgermeister und Landräte in der Unternehmerfront

Essen, 8. November. (Eig. Drahtber.) Eine am Dienstag tagende Konferenz in Essen der Oberbürgermeister und Landräte des Nordwestgebietes faßte folgenden schändlichen Beschluß über eine „individuelle“ Wohlfahrtsunterstützung: „Eine Unterstützung erfolgt nach den Vorschriften der Reichs-Fürsorge-Pflichtverordnung. Der Antragsteller muß seine Hilfsbedürftigkeit nachweisen (!) und schriftlich erklären, daß er nicht von anderer

Seite, insbesondere nicht von gewerkschaftlicher Seite, unterstützt wird (!). Als die Vertretung der Aussperrten sind nur die Gewerkschaften zuständig. Mit Vertretungen, die auf Grund von Versammlungen oder Demonstrationen zustande gekommen sind, ist nicht zu verhandeln (!). Anderslautende Beschlüsse von Stadtverordnetenversammlungen werden nicht durchgeführt (!). Von einer Einstellung von Volkshilfen ist abzusehen.“

Betriebsstreikleitungen werden gebildet

Essen, 8. November. (Eig. Drahtber.) Die Kampfstimmung unter den Aussperrten ist glänzend. Etwa 50 000 Arbeiter haben bereits eigene revolutionäre Streikleitungen gewählt. Man rechnet damit, daß die Zahl der eigenen Streikleitungen der Belegschaften in den nächsten Tagen sich stark vermehren wird. Am Freitag treten sie zusammen, um zu den weiteren Kampfmaßnahmen Stellung zu nehmen.

Während im Aussperrungsgebiet die gewerkschaftliche Opposition alles einsetzt, um die Reihen der Kämpfenden zu festigen, und die proletarische Gegenoffensive zu organisieren, geht der dunkle, von den Reformisten öffentlich abgelehnte Schacher hinter den Kulissen weiter. Allerlei Mittelsmänner sind am Werk, und nur die Unternehmerpresse plaudert aus, welche Absichten gehegt werden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer stellen sich jeder wirksamen Kampfmaßnahme entgegen. Der D. M. S. Vorstand erklärt fast jeden Tag einen Gehaufruf gegen die Kommunisten, weil sie die Gegenwehr der Arbeiterklasse verstärken. An die Unternehmer hat der D. M. S. Vorstand einen Brief gerichtet, in dem er festhält, daß die Unternehmer die „tarifliche Friedenspflicht“ verletzt hätten und für die Folgen „verantwortlich“ seien. Mit Hohn werden die Hüttenbarone diesen Brief zu den Akten nehmen.

Der Vorstand des A. D. S. hat sich auch zum Wort gemeldet. Er hat eine Gegenschrift zur Denkschrift der Unternehmer ausgearbeitet, in der er erklärt, daß es „auf die Rechtslage in diesem großen Arbeiterkampf tatsächlich nicht in erster Linie ankommt“. Wer aber glaubt, daß diesem zögernden Zugeständnis an die imperialistische Lage die Ankündigung von Kampfmaßnahmen folgen würde, irrt sich. Der A. D. S. Vorstand behauptet vielmehr, ausschlaggebend sei, daß der materielle Inhalt des Schlichtungsbeschlusses weitgehend den Interessen der Unternehmer Rechnung trage, daß seine Annahme nur recht und billig

Staatsbehörden und Unternehmer wollen die Ausgesperrten aushungern!

Zahlung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt!

St. Dann erklärt der A.D.B.-Vorstand noch, daß er die Unter-
stützungsbeträge auf Veränderung der Schlichtungsordnung ablehne.

Der A.D.B.-Vorstand hält mit einer papierenen schwächlichen
Polenik seine Aufgabe für erledigt, in einem Kampf, wo es um die
Lebensinteressen der Gesamtarbeiter geht, ergreift er keinerlei
Kampfmassnahmen. Das ist in Wirklichkeit eine Unterstützung der
Aushungernden, die damit rechnen, die Diktatorherrschaft, wenn sie im Kampf
fallt, durch den Hunger niedergewungen zu können.

Der **Schwarzwälder Bann** hat bereits bekanntgegeben, was
für die Unternehmer als „Eingangsgrundlage“ vorsteht. Der
Schlichtungsspruch soll als freie Vereinbarung etwas verändert angenom-
men werden, und dafür sollen die Gewerkschaftsvertreter einwilligen,
daß die Forderung des Achtstundentages preis-
gegeben wird. In der Arbeitszeitfrage sollen die Unternehmer-
wünsche voll befriedigt werden. Zu der Erklärung **Woenegens** schreibt
die „**Kölnische Zeitung**“ am 7. November:

„Wenn ein der Eisenindustrie sehr nahestehendes Wirtschafts-
blatt die Forderung, die jene Unterredung überhaupt, mit der Ueber-
schick verfährt, die Arbeitszeit sein Handelsobjekt, so glauben wir,
daß diese Sachlage die Ansicht Hermann Woenegens und der Eisen-
industrie nicht richtig kennzeichnet. Wir sind vielmehr der Ansicht,
daß die Arbeitszeitfrage sehr wohl Verhandlungsfähig, und daher auch
Handelsobjekt sein könnte. Der Ton liegt in der angeführten Ant-
wort Dr. Woenegens durchaus auf der Einschränkung: in dieser
Form. Andere Kombinationen der umstrittenen Lohnfrage mit der
Arbeitszeit sind aber durchaus möglich, und Herr Woenegen wollte
sie auch offenbar mit seiner Antwort keineswegs ausschließen, ihre
Möglichkeit im Gegenteil andeuten. Solche möglichen Kombina-
tionen würden sich nach unserer Vermutung etwa in einem Rahmen
bewegen, der einerseits eine gewissermaßen beschreibende und vor-
 allem dauerhafte Regelung der Arbeitszeitfrage ergibt und auf der
anderen Seite nicht zu stark an dem für verbindlich erklärten
Schlichtungsspruch klebt, sondern seine Ueberprüfung und Aenderung
möglich macht.“

Es besteht also die Gefahr, daß der Achtstundentag verschachert wird,
ein Anlaß für die Arbeiter, alle Kraft einzusetzen, um neben
den Lohnforderungen die achtstündige Schicht durchzusetzen.

Die Arbeiterschaft muß die nötigen Kampfmaßnahmen selbst
treffen. Arbeitersolidarität muß über die vereinigte Front
der Unternehmer, Staatsorgane und S.P.D.-Führer
liegen. Der Aufruf der Reichsparteiarbeiterkonferenz zeigt den
Weg zum Sieg. Folgt ihren Lösungen. Vorwärts zur prole-
tarischen Gegenoffensive!

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Ar-
beitslosenversicherung hat am 6. November den Beschluß gefaßt, daß
die von den Arbeitgeberstellen ausgesperrten Arbeiter keine Erwerbs-
losenunterstützung erhalten. Sogar solchen erwerbslosen Arbeitern, die
von der Aussperrung mittelbar betroffen sind, wird die Unter-
stützung verweigert.

Die Gewerkschaftsvertreter haben in der Öffentlichkeit sich auf
den Standpunkt gestellt, daß die ausgesperrten Arbeiter ein Recht
auf die Erwerbslosenunterstützung haben. Der Vorstand der Reichs-
anstalt hat aber die Unterstützung abgelehnt, weil die Vertreter der
Staatsbehörden mit den Unternehmervertretern gegen die Unterstützung
stimmen. Der Vorstand besteht aus drei gleichartigen Gruppen: ein
Drittel Unternehmervertreter, ein Drittel Arbeitervertreter und ein
Drittel Vertreter der staatlichen Behörden. Die preussische Regierung,
die unter Führung der S.P.D. steht, ist ebenso wie andere repu-
blikanische Regierungen stark vertreten. Da finden wir den Ministerial-
rat Dr. Kugler vom Preussischen Ministerium für Volkswirtschaft,
Ministerialrat Dr. Kögler vom Staatsministerium für soziale
Fürsorge, Ministerialdirektor Dr. Boeckh-Wesfeler, Vizepräsi-
dent Dr. Elsch, Vorstandsmittglied des Deutschen Reichs Städte-
tages, Schlüter vom Deutschen Landvolktag Berlin und als Stell-
vertreter ähnliche Stützen der Koalitionsregierung.

Die S.P.D.-Führer behaupten, daß die Unternehmer einen Kampf
gegen den Staat führen und daß der Staat auf Seiten der Arbeiter
steht.

In Wahrheit liegen die Dinge so, daß die Vertreter des Staates
mit den Unternehmern zusammengehen, um durch den Hunger die
ausgesperrten Arbeiter niederzuzwingen. Man bedenke, die Mittel der
Erwerbslosenversicherung wurden durch Beiträge der Arbeiter ange-
füllt. Und jetzt, wo die Arbeiter von den Unternehmern aufs Pfahle
gemorren werden, wird ihnen die Unterstützung verweigert. Die Ver-
treter des Staates, die Vertreter der preussischen Koalitionsregierung
machen mit den Unternehmern gemeinsame Sache!

Und die Müller-Regierung? Der sozialdemokratische Reichs-
arbeitsminister Wiffel schwieg. Er hätte es in der Hand, durch
eine Verordnung die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung
zu veranlassen. Aber Wiffel weigert sich. Um die Koalitionspolitik
mit dem Trustringen fortsetzen zu können, hilft der sozialdemokratische
Reichsarbeitsminister, die ausgesperrten Arbeiter durch den Hunger
niederzuzwingen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die bisher den Ar-
beitern über die Rolle des Staates frech ins Gesicht gelogen haben,
unterstützen diese Aushungerungspolitik ebenfalls. Sie wollen im
Aussperrungsgebiet die Unorganisierten ohne jede Unterstützung lassen
und sie nicht organisatorisch in die Kampffront einleiten. Die
sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wissen ganz genau, daß, wenn
die Unorganisierten nicht unterstützt werden, wenn sie abgehängt
werden, dies zum Zusammenbruch der Kampffront der Arbeiter führen
muß. Aber im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik
wollen die reformistischen Gewerkschaftsführer bewußt die Niederlage
der Arbeiter. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer geben nur
deswegen in der Öffentlichkeit vor, daß sie für die Zahlung der Er-
werbslosenunterstützung seien, weil sie wissen, daß die sozialdemo-
kratischen Minister in Preußen und im Reich die Auszahlung der
Unterstützung verhindern.

So sehen wir von Anfang bis Ende ein Komplott gegen die Ar-
beiter. Wenn die Arbeiter gegen diese Front der Unternehmer und
der Koalitionsminister stehen wollen, so müssen sie unter der Führung
der revolutionären gewerkschaftlichen Opposition kämpfen.

Nieder mit den sozialdemokratischen Lügen und dem sozialdemo-
kratischen Verrat. Staat und Koalitionsregierung stehen mit den
Unternehmern gegen die Arbeiter.

Nur wenn die Arbeiterschaft unter rücksichtslosem Einsatz ihrer
Kraft gegen Unternehmertum und Koalitionsregierung kämpft, kann
der Sieg errungen werden!

Kommunistische Anträge für die erste Reichstags-Sitzung

III. Berlin, 7. November. Die geänderte Tagesordnung für die
erste Reichstags-Sitzung nach der Sommerpause liegt in allen Einzel-
heiten nunmehr vor. Die Sitzung beginnt am Montag, dem 12. d. M.,
nachmittags um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen lediglich An-
träge, die die Aussperrung in Westdeutschland betreffen, und zwar
handelt es sich zunächst nur um kommunistische Anträge. Einmal
um die kommunistische Interpellation über die Aussperrung
in der Rüstungsindustrie des Rhein- und Ruhrgebietes, dann um einen
kommunistischen Antrag über die Gewährung der Arbeits-
losen-Unterstützung an die ausgesperrten Arbeiter und An-
gestellten, und schließlich um einen kommunistischen Gesetzentwurf über
die Aufhebung des gesetzlichen Schlichtungswesens, der bereits vor
der Sommerpause die Ausschussberatung passiert hat.

Geheimprotokoll gegen Sowjetrußland Aus den Geheimarchiven Wilhelm II.

Die „**Kölnische Zeitung**“ brachte in ihrer Dienstag-Nummer mit einem
umfangreichen Belegstück von **Ludendorff**, datiert vom
8. Juli 1918, das Geheimprotokoll des wilhelminischen
Kabinettsrates von Spa, das deutlich zeigt, wie die kaiserliche Re-
gierung die monarchistische Konterrevolution organisieren und
finanzieren wollte. Der Zusammenbruch der Wehrmacht und
die Revolution machten einen dicken Strich durch diesen schändlichen
Plan der deutschen Imperialisten. Wir bringen in unserer heutigen
Beilage einen der „**Kölnischen Zeitung**“ entnommenen Auszug aus diesem
Geheimprotokoll und werden, soweit es der Raum erlaubt, noch
weitere Einzelheiten aus den Geheimverhandlungen bringen.

Kammergericht beschlagnahmt Sowjetbesitz

Vertagung des Rapallovertrages. — Russische Handels-
vertretung meldet Schadensansprüche an.

(Sig. Ber.) Berlin, 8. November.

Das Kammergericht hat gestern und heute Einzelne
Beschlagnahmen erlassen, durch die einer Reihe von russischen
Emigranten das Recht zugesprochen wird, auf der augenblicklich
von **Reps** veranfaßten großen sowjetrussischen Konfiskation einige
Stücke zu beschlagnahmen, weil diese angeblich ihr Eigentum bilden
und die Beschlagnahme durch die Sowjetregierung nicht anerkannt
wird.

Nachdem bereits gestern ein dazwischengegangener Antrag des Fürsten
Dubitski-**Retromawitsch** vom Kammergericht genehmigt
worden war, schloß das Kammergericht als erste Instanz jede Verurtei-
lung einer Beschlagnahme peremptorisch ab, teils heute noch mit der
Kaufmannschaft bei Gründung der Bezirksregierung mit dem hier
weiteren Stücke beschlagnahmt werden seien und deshalb vorläufig nicht
zur Verfertigung gelangen könnten. Der zweite vom Kammergericht
unternommene Versuch wurde von dem Großfürsten **Schriek** **Kon-
stantinowitsch**, dem Grafen **Schmalow**, dem Fürsten
Kostin und der Gräfin **Isingol** gemacht. Von der Be-
schlagnahme des Kammergerichts II hat in Uebereinstimmung mit
dem Kammergericht auch im Gegenzug zum früheren Beschluß einer
anderen Zivilkammer des Kammergerichts II weitere Einzelne Bes-
chlagnahmen erlassen worden. Es ist sich hierbei um den Einbruch
von 14 Emigranten handelt, unter denen sich auch der **Kapitan-
Möller**, **Herr** **Jussupoff** befindet.

Die letztendlich das Kammergericht vorgegangen zu sein scheint,
konnte die Tatsache, daß von zwei verschiedenen Emigranten ein
und dasselbe Grundstück als ihr Eigentum reklamiert worden ist, und
daß für den gleichen Gegenstand zwei Einzelne Beschlagnahmen er-
lassen wurden.

Die schließliche Entscheidung über die Verfestigung wird im ordent-
lichen Gerichtsverfahren gefällt werden. Wahrscheinlich wird von
Seiten der russischen Handelsvertretung gegen das Deutsche Reich und

den preussischen Staat Anspruch auf Schadenersatz gestellt wer-
den, weil sich die Richter in unerhörter Weise über die bestehenden
Verträge, z. B. den **Rapallovertrag**, hinweggesetzt haben, in
dem das sowjetrussische Recht anerkannt wird. Dieser Zwischenfall
schafft einen Präzedenzfall, der dem Geiste des **Rapallovertrages**
völlig widerspricht.

Zum Rücktritt des französischen Kabinetts Ein Manöver Poincarés

Wie wir in einem Teil der Auflage der gestrigen Nummer, die
wir infolge des 7. Novembers früher zum Abschluß brachten, be-
richtet haben, sind die vier radikal-sozialistischen Minister **Herriot**,
Sarraut, **Periere** und **Queuille** am 5. d. M. zurück-
getreten. Auf Grund des Rücktritts der vier radikal-sozialistischen
Minister richtete Ministerpräsident **Poincaré** ein Schreiben an den
Staatspräsidenten **Dumergue**, in dem er den Gesamttritt des
ganzen Kabinetts erklarte.

Poincaré hat demissioniert, um morgen fest die Regierung in
die Hand nehmen zu können. Seine Demission war ein Manöver
zur Festigung der bisherigen Politik **Poincarés**. Ein Manöver, das
die schwankende radikale Partei des französischen Kleinbürger-
tums treffen sollte und zweifellos schwer getroffen hat.

Um das Manöver zu verstehen, ist ein Blick in den Hinter-
grund der Klassenkämpfe nötig, die zu **Poincarés** Demission
geführt haben.

Die Regierung **Poincaré**, die Regierung der „nationalen Ein-
heit“, kam zustande nach der Kapitulation des französischen Klein-
bürgertums und ihrer stärksten Partei Radikalsozialisten unter
Führung **Herriot** vor der Großbourgeoisie. Es war der „linke“
Herriot, der im Herbst des Kriegsjahres 1918 in ein Kabinett der
„Köpfe“ aller bürgerlichen Fraktionen, von **Marin** am rechten
Flügel bis zu **Briand** und **Herriot** am linken Flügel, eintrat,
um „den Frank zu retten“.

Das Konzentrationkabinett **Poincaré**, **Marin**, **Briand**
hat die Stabilisierung nach den Wünschen der Großbourgeoisie auf
Kosten der Verklüftung durchgeführt, unter ihm wurde die **Natio-
nalisierung** eingeleitet, es schuf das berüchtigte Militär-
gesetz **Paul Boncour**, das Gesetz, das die ganze französische
Nation, die ganze französische Wirtschaft in den Dienst der Vor-
bereitung des kommenden Krieges stellt. Die Regierung **Poincaré**
hat schließlich das Kriegsband mit dem englischen Imperialismus,
das berüchtigte „**Flottenabkommen**“, getroffen.

Das Kabinett **Poincaré** bereitete gleichzeitig unter dem De-
mantel budgetärer Maßnahmen kulturell-reaktionäre Schritte vor,
es versuchte, den Katholiken auf diesem Umweg in Frankreich bisher
entzogene Positionen für die jesuitischen Kongregationen in die
Hände zu spielen. Die Auswirkungen dieser Politik begannen sich zu

Vom Tage

In der gestrigen Landtags-Sitzung — über die wir noch ausführ-
lich berichten werden — gab der Staatssekretär **Dr. Weichmann** die
Erklärung ab, daß die preussische Staatsregierung nicht zu den An-
trägen über die Aussperrung Stellung nehmen will, „weil sie
materiell zur Unabhängigkeit des Reiches gehören“.

Wie aus Paris gemeldet wird, hegt man nicht den geringsten
Zweifel daran, daß sich Präsident **Dumergue** wegen der
Kabinettsbildung erneut an **Poincaré** wenden wird.

Das Reichskabinett trat am Mittwochnachmittag zu einer
Sitzung zusammen, in der der Haushaltsplan für 1920 besprochen
wurde.

Als die Kommunisten im polnischen Sejm die Sabotage des
deutsch-polnischen Handelsvertrages brandmarkten,
kam es zu fürchterlichen Vorfällen.

Die 10 000 Einwohner zählende Stadt **Kaschau** ist durch
Sowjetkämpfe zum Teil vernichtet worden.

Die Eisenwerke in **Laubach** in Schloßen hat 90 Per-
zent zum 12. November gekündigt.

Die breite Linksbewegung im Arbeiterlager wurde bisher
durch eine beispiellose Verfolgungslampe gegen die
kommunistische Partei belampt. Aber auch in den klein-
bürgerlichen Schichten sind die vergangenen beiden Jahre nicht
wirkunglos verlaufen. Ein wenn auch nur schwacher Weggang der
Unzufriedenheit mit der Kapitulation der **Verlot-Deuts** zeigte sich
auf dem jüngsten Parteitag der Radikalsozialisten, wo starke
Stimmungen für den Austritt aus der Koalition auftraten.
Verlot selbst versuchte auf dem Parteitag zu mandrieren, er
trat aber **Poincaré** nicht entschlossen genug auf, weshalb **Poincaré**
mit der Sprengung der Koalition seinerseits antwortete.

Poincaré begriff vor allem, daß für die kommenden Aus-
einandersetzungen die Regierungskoalition einer festen Basis
bedarf, als sie beispielweise durch die schwankende Politik der
Radikalsozialisten gegeben ist. Durch die Demission sollen
die Radikalsozialisten zur Entscheidung getrieben werden. Es
ist nicht ausgeschlossen, daß in der radikalsozialistischen Partei eine
Spaltung eintritt. Möglicherweise wird **Poincaré** auch den
unbekannten rechts-nationalistischen Flügel aus der Koalition bringen,
er wird sich von **Marin** befreien, ähnlich wie sich **Streseman**
rechtzeitig von den deutschen Nationalen in Deutschland befreite. Wenig-
gut ist möglich, daß **Poincaré** die feste Basis der Koalition durch
eine Koalition mindestens mit einem abkommandierten Teil der
Sozialisten offen und mit der ganzen Sozialistischen Partei verfestet
sucht. **Paul Boncour** hat dieser Tage bereits seine Partei-
unfähigkeit öffentlich erklärt, mit **Paul Boncour** geht der größte Teil
der sozialistischen Parlamentarier, gehen einige wichtige Bezirke
der Sozialistischen Partei. Es ist sehr wahrscheinlich — und entspricht
übrigens der Linie der deutschen Sozialdemokratie —, daß **Bon-
cour** und einige andere seiner Kumpane in die Regierung eintreten.

Wie auch die Zusammensetzung der Regierung erfolgen wird, es
ist gewiß, daß die neue Regierung eine stärkere **Poincaré**-
Regierung als die bisherige sein wird, mit einer gefestigteren
Basis für die kommenden Auseinandersetzungen, im Interesse der
Vorbereitung vor allem des imperialistischen Krieges.

Die Ergebnisse der amerikanischen Präsidentenwahl

III. Newyork, 8. November. Die für **Hoover** abgegebene Stimmen-
zahl beträgt 15 800 000, die für **Smith** 12 400 000. Die
Wahlmännerstimmen für **Hoover** betragen 416, die für **Smith** 87.
Zweifelhaft blieben 28 Wahlmännerstimmen.

Niederlage Foughtons bei den Newyorker Senatswahlen

III. Newyork, 8. November. Bei den Newyorker Senatswahlen
stellte sich bei der endgültigen Stimmenzählung heraus, daß der
demokratische Kandidat **Copeland** über seinen Gegner, den früheren
amerikanischen Botschafter in Berlin, **Foughton**, Sieger blieb.

Bei den Newyorker Gouverneurswahlen siegte der Demokra-
t **Franklin Roosevelt** mit knapper Mehrheit.

Kleine Nachrichten

Eine Pulverfabrik in Konstantinopel in die Luft geflogen. III.
Konstantinopel, 7. November. In Konstantinopel ist eine
Pulverfabrik in die Luft geflogen. Bisher wurden drei Leichen aus
den Trümmern gezogen. Weitere Leiche befinden sich noch unter den
Trümmern des eingestürzten Fabrikgebäudes. Die Ursache der Ex-
plosion ist noch nicht festgestellt.

Unwetter im Golf von Piräus. III. Paris, 8. November.
Nach Meldungen aus Athen herrscht im Golf von Piräus ein großes
Unwetter, wodurch Schäden in Höhe von mehreren Millionen Franken
verursacht wurden und drei Menschen ums Leben kamen.

Rücktritt des portugiesischen Kabinetts. III. London, 8. No-
vember. Das portugiesische Kabinett ist nach Berichten aus Lissabon
durch die **Militärpartei** zum Rücktritt gezwungen worden.

Drei Arbeiter von Kohlenmassen verschüttet. III. Newyork, 7. No-
vember. Auf der Kohlenanlage des **Kennedys** Eisenwerkes
wurden drei Arbeiter, die mit dem Entleeren eines Kohlenhaufens
beschäftigt waren, von nachrückenden Kohlenmassen verschüttet. Ob
Hilfe geleistet werden konnte, waren die Verunglückten erschüttert. Unter
den Toten befindet sich ein Familienvater von sieben Kindern, dessen
Gefahr in einer Heilanstalt untergebracht ist.

Entlarvte imperialistische Verbrecher

Das Geheimprotokoll des wilhelminischen Kabinettsrates von Spa

Die Tatsache, daß wir in der Lage sind, nachstehend das Protokoll einer wilhelminischen geheimen Kabinettsitzung wiederzugeben, ist zugleich ein schwerer Schlag gegen den neudeutschen Imperialismus!

Die Schuldigen von damals und heute glauben, die Verbrecher des Imperialismus ganz vergessen machen zu können. Die Massen sollten nie davon erfahren. Die Herrschaften haben sich gelrt. Sie haben in ihrem Verteilungsplan das Exemplar sich gelrt. Sie haben in ihrem Verteilungsplan das Exemplar „vergessen“, das wir heute der Öffentlichkeit übergeben.

Nur Unwesentliches haben wir darin fortgelassen. Die Auszeichnungen, feil gedruckte Stellen usw., stammen von uns. Der Text entspricht völlig dem Original, das wir — falls seine Echtheit geklärt werden sollte — photographisch zur Wiedergabe bringen würden.
Die Redaktion der „Roten Fahne“.

Protokoll

Über die Besprechung der schwebenden politischen Fragen unter Vorsitz Seiner Majestät zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Obersten Seeresleitung.

Spa, den 2. Juli 1918.

Verteilungsplan des Protokolls:

Reichskanzler	1
Ministerpräsident	5
Reichsminister	1
Ministerialrat	1
Reichsmarineamt	1
Oberst v. Winterfeldt	1
Reichsamt des Innern	1
Alten	3

14 Exemplare

Namenzahl:

Seine Majestät der Kaiser,
General v. Rosenbergs und die drei Kabinettscheffe
Reichskanzler mit
Unterstaatssekretär von Radowitsch und
Oberst v. Winterfeldt
Herrl. Geh. Rat v. Rosenbergs
Kriegsminister v. Stein mit
General v. Brinckmann
Major v. Feyselmann
Staatssekretär des Reichsmarineamts mit
Vizeadmiral Hübner
Generalleutnant v. Hindenburg,
General Lubendorff,
General v. Barlenwerffer,
Oberst Feysel v. Odershausen,
Major Brinckmann,
Reg. Feysel v. Rosner,
Reg. Sekretär Feysel v. Oves,
Graf Oltram.

General v. Lubendorff: Verhalten gegenüber den Monarchisten in Rußland: Wir dürfen die Monarchisten nicht verprellen, dafür müssen wir uns gewisse Garantien schaffen.

Reichskanzler: Ist besorgt, wenn ein monarchistisches Rußland wieder erstarkt und bezweifelt, daß die Monarchisten den Brest-Litovsk Vertrag anerkennen werden.

General v. Lubendorff: Mitteilungen mehrten sich, daß die Monarchisten dies tun werden.

Kriegsminister: Bestätigt dies. Die Monarchisten finden sich mit dem Brest-Litovsk ab, wollen aber unterstützt werden bei der Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland.

Major Brinckmann: Die Ukraine trauert daran, daß keine nationalpolitischen Elemente vorhanden sind, die Regierung amtlich übernehmen könnten... Sie hat eigentlich keinerlei Anhang hinter sich.

General Lubendorff: Die Monarchisten wollen geschlossenes Rußland. Dieser Traum braucht ihnen durchaus nicht genommen zu werden, wir müssen aber verlangen, daß sie sich auf den Boden des Brest-Litovsk stellen. Wenn die Monarchisten auch die Ordnungselemente darstellen, dürfen wir doch keinen Versuch machen, die Bolschewiken in der jetzigen Zeit (!) zu klagen.

Reichskanzler: Ist einverstanden.

Seine Majestät: Wir sind in die Ukraine gegangen, um Lebensmittel zu erhalten. Dort wollen wir im russischen Chaos einen Platz der Ordnung schaffen. Wir dürfen uns nicht dem Wahnsinn hingeben, daß die Ukraine dauernd von Großrußland getrennt werden kann. Die Ukraine ist slavisch, ebenso wie Großrußland, die beiden werden wieder zusammenkommen. Um dem können sich jetzt alle russischen Ordnungselemente widersetzen und von hier aus kann die Wiedergeburt Rußlands (!) erfolgen.

General Lubendorff: In der Ukraine herrscht, mühsam aufrecht erhaltene Ruhe. Wir können aktive Unterstützung nicht in der Ukraine, aber vielleicht bei Don-Kosaken finden. Diese kämpfen ebenso wie die Tschechen gegen die Bolschewiken. Wir müssen deshalb Beziehung zu den Kosaken aufrecht erhalten. Beeinflussung ist nur durch Geld möglich. Ich bitte des Auswärtigen Amt, mich hierbei zu unterstützen. Es dürfte sich empfehlen, daß wir das Geld stillschweigend ohne besondere Anweisung zur Verfügung gestellt wird.

Kriegsminister: Es kommt darauf an, daß die Reichsleitung mich gegen das Reichswehramt unterstützt. Von dieser Seite ist Hauptwiderstand zu erwarten. Die bisher von mir geforderten 15 Millionen sind für die Durchführung dieser Aufgabe viel zu gering. Die Beeinflussung der Kosaken ist ein Erfordernis unserer Kriegsführung. Wir müssen die nötigen Mittel aufwenden.

General Lubendorff: Ohne Geld kann man die Kosaken nicht halten. In diesem Fall könnte unsere Lage schwierig werden. Auch mit Getreidezuschüssen können wir dann nicht mehr rechnen.

Gef. v. Rosenbergs: Jede Million, die wir auf diese Weise in Rußland ausgeben, ist eine ersparte Million. Das Auswärtige Amt wird die Wünsche der Obersten Seeresleitung beim Reichswehramt wahr befürworten.

Wegen des Gebietes der Kuban-Kosaken bitte ich zu bedenken, daß sie noch (!) ein Bestandteil des russischen Reiches sind.
General Lubendorff: Wir brauchen aber das Don-Gebiet

und vor allem Kasu. Es handelt sich hier um eine notwendige militärische Maßnahme.

Gef. v. Rosenbergs: Es dürfte sich empfehlen, daß die hier als notwendig bezeichneten militärischen Maßnahmen gewissermaßen hinter dem Rücken der politischen Leitung erfolgen.

General Lubendorff: Durchaus einverstanden.

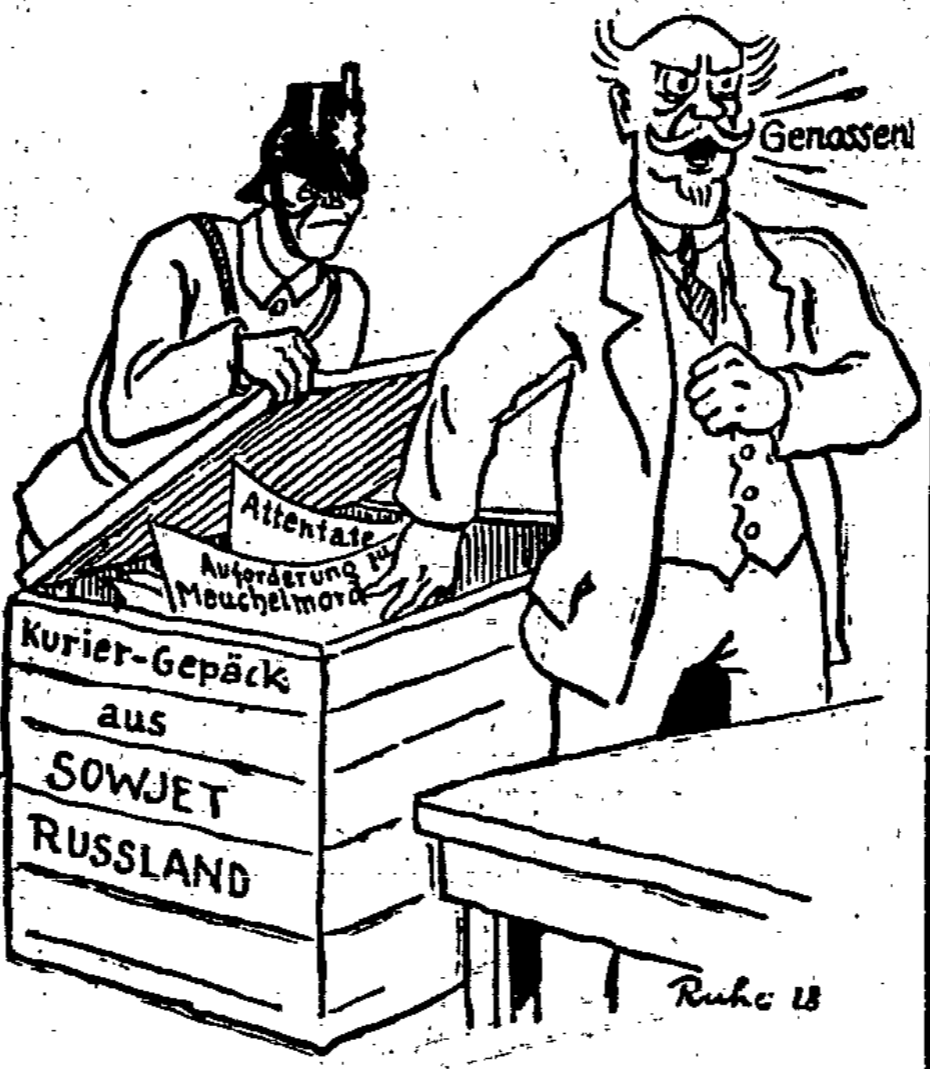
Gef. v. Rosenbergs: Wir können aber dann auch keine ausdrückliche Verpflichtung den Russen gegenüber übernehmen, daß wir uns im Don-Gebiet desinteressieren werden. Dies wäre illegal.

General Lubendorff: Hierauf lege ich kein Gewicht. Ich will nur verhindern, daß die Kosaken abkommen.

Gef. v. Rosenbergs: Im Notfall könnte unser Vorgehen den Russen gegenüber so erklärt (!) werden, daß wir Geld zum Schutze der zahlreichen Deutschen im Don-Gebiet ausgeben müßten...

General Lubendorff: Wegen der Krime hatte ich langen Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt. Dort leitete mich der Gesichtspunkt, daß wir eine Regierung bekommen müssen, die das Land in Ordnung verwalten kann.

Major Brinckmann: Als wir in die Krime einrückten, war sie ein Niemandsland. Jetzt beanspruchen Großrußland und die Ukraine die Krime. Eine Einigung hierüber ist zwischen beiden ebenso unmöglich, wie in der Grenzfrage. Ordnung muß jedenfalls geschaffen werden. Die bolschewistischen Verbrecher lassen dort noch frei herum. Wir (das „Wir“ ist im Protokoll unterstrichen. Die Red.) können keine rückwärtigen Zustufe vornehmen. Die Bevölkerung ist außerstande, eine Re-



gierung aufzustellen. Deshalb haben Generalkommando 52 und General Sulkiewicz sich zur Errichtung einer Regierung vereinigt. Sie wird das Land im Einverständnis mit den deutschen Militärbehörden regieren.

Gef. v. Rosenbergs: Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Georgien beurteile ich zuversichtlich. Die Disconto-Gesellschaft hat ein kapitalträchtiges Konstruktum zustande gebracht, das dem Land 50 bis 80 Millionen Mark vorstücken will. Hierdurch wird der notwendige Kapitalbedarf fürs erste gedeckt. Das Geld soll durch die Hafengebühren von Poti und durch einen Exportzoll auf Manganzug gesichert werden. Durch diese Transaktion erlangen wir Einfluß auf die georgischen Rohstoffe, vor allem das wichtige Manganerz, sowie auf das Bahnsystem. Die Verhandlungen schreiten günstig vorwärts.

General Lubendorff: Ich erstrebe durchaus kein Bündnis.

Ich möchte nur tatsächlich mittelbar in Georgien arbeiten können. Georgien hat gutes Soldatenmaterial. Wir müssen für dort unten eine brauchbare georgische Armee auf die Beine bringen. Wenn wir die Georgier hinhalten, erreiche ich mein Ziel nicht. Wir müssen Farbe bekennen. Dies ist auch der Kürzel gegenüber notwendig, die erst dann nachgeben wird. In Rumänien haben wir eine Steigerung der Delausfuhr nicht zu erwarten. Unsere Kriegsführung braucht dringend das Kapitale aus Kasu. Die Anerkennung Georgiens ist der einzige gangbare Weg nach Kasu. Wir müssen zugreifen ohne zu zögern. Unsere Marine braucht das Del. Die Delfrage ist von kardinalster Wichtigkeit.

Unterstaatssekretär v. Radowitsch: Eben trifft ein Telegramm vom Auswärtigen Amt ein, daß Toffe uns Del aus Kasu bestimmt zugesichert hat. Es dürfte sich empfehlen, die Beschlußfassung vorerst auszusetzen.

General Lubendorff: Die Frage ist überhaupt noch nicht spruchreif.

Gef. v. Rosenbergs: Verliest ein Telegramm von Mirbach, daß russische Regierung (Die Sowjetregierung. Die Red.) aus dem Kuban-Gebiet Lebensmittel liefern will, falls wir uns verpflichten, nicht weiter vorzudringen. Das Auswärtige Amt beantwortet die Annahme dieses Vorschlages.

General Lubendorff: Toffe behauptet immer, daß wir unseren Vormarsch fortsetzen. Das ist gar nicht wahr. Bielebung durch Bolschewiken werden wir nie erreichen...

Seine Majestät: Wenn auch die Don-Kosaken zu den Bolschewiken hinneigen, so gibt es doch noch eine große Partei, die sich uns anschließen will. Die Verhandlungen mit General Krassin (!) scheinen sich günstig zu entwickeln.

General Lubendorff: Krassin möchte gern den Herzog von Leuchtenberg zur Führungnahme hierher senden. Die Kosaken glauben bestimmt, daß die Tschechen gegen sie im Anmarsch sind.

Seine Majestät: Antirussische Zentrale kann aus in Tiflis gebildet werden. Wir müssen dafür aber den Kosaken Zusicherungen geben.

General Lubendorff: Ich bitte den Vertrag auf Kosten der Kuban-Kosaken nicht abzuschließen.

Seine Majestät: Stimmt dem zu.

General Lubendorff: Ich betone nochmals, daß mir im Interesse der Kriegsführung die Delfrage außerordentlich am Herzen liegt!

Staatssekretär des Reichsmarineamts: U-Boot-Krieg ist von Del abhängig. Die Situation ist sehr prekär. Wir brauchen unbedingt das Del aus Kasu. Durch U-Boote und Flieger steigt der Verbrauch ständig. Sogar das Steinkohlenteeröl wird bei uns sehr knapp.

General Lubendorff: Wie will Toffe uns Del aus Kasu liefern? Arbeit ist notwendig.

Reichskanzler: Ich stelle fest, daß eine sachliche Differenz zwischen Reichsleitung und Oberster Seeresleitung nicht mehr vorhanden ist. Es handelt sich nur um die Frage des Tempos. Mit Czjellenz Kriege wird diese Frage weiter zu besprechen sein.

General Lubendorff: Ich habe mit dem Auswärtigen Amt einen Streit: die Kriegsschiffe im Schwarzen Meer. Diese haben uns angegriffen und deshalb halte ich sie für Kriegsbeute. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, kann man nachher der Ukraine die Schiffe abgeben... Auswärtiges Amt hat sich aber auf Brestler Frieden gestellt und Rußland die Schiffe zugesprochen. Habe mich dann mit dem Auswärtigen Amt dahin zu einigen versucht, daß wir Schiffe im Nießbrauch behalten und erst nach allgemeinem Frieden zurückgeben.

Gef. v. Rosenbergs: Das Auswärtige Amt steht auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß die Schiffe nicht Kriegsbeute sind, gegen Nießbrauch haben wir aber nichts einzuwenden.

Seine Majestät: Die Benutzung der Schiffe ist Kriegsnotwendigkeit. Wir borgen die Schiffe für die Kriegsdauer.

Gef. v. Rosenbergs: Hierdurch wird die Eigentumsfrage gar nicht präjudiziert.

Seine Majestät: Ich konstatiere allgemeine Einigkeit. Kriegsnotwendigkeit geht vor.

General Lubendorff: Bei der Frage der deutschen Kolonisten ist es wichtig, ob die jungen Leute dienen wollen oder nicht.

Major Brinckmann: Die Kolonisten haben sich große Hoffnungen gemacht und erwarten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten.

Gef. v. Rosenbergs: Ich schlage vor, demjenigen, der dienst, die Staatsangehörigkeit zu erteilen.

Einheitlich für Verteidigung der USSR. Glänzende Gründungsstunde des Bundes der Freunde der Sowjetunion

Zu lange vor Beginn überfüllten Plenarjahres wurde am Sonntag der Reichsgründungsstunde des Bundes der Freunde der Sowjetunion mit einer glänzend verlaufenen Kundgebung eröffnet. 35 Berliner Großbetriebe und 49 Organisationen hatten 165 Delegierte entsandt, darunter 35 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 3 Mitglieder des Sozialistischen Bundes und 1 Mitglied der Christlich-Sozialen Reichspartei. Dazu kamen 58 Mitglieder der Kommunistischen Partei, 2 Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes und 66 parteilose Delegierte.

Die Begrüßungsansprache hielt Dr. Hodann. Er erinnert an das unauflöshliche Erlebnis, das man bei den großen Demonstrationen in der Sowjetunion hat: die Arbeiter und die Arbeiter, alle bewaffnet, beschießen an den Bolschewikern vorbei. Die Sowjetdiktatur, das ist die Diktatur der überwältigenden Mehrheit des russischen Volkes, der Arbeiter und Bauern.

Nach Hodann sprach Ernst Toller. Auch die revolutionären Pazifisten sind Freunde der Sowjetunion. Die Niederlegung der russischen Revolution bedeutet den Sieg des Faschismus. Darum ist es die Pflicht der Sowjetunion, alle Mittel für ihre Verteidigung bereitzustellen.

Zu einer wichtigen Anklage wurde die darauffolgende Ansprache des Genossen Münzenberg, M. d. R. In ausgezeichneter Weise beleuchtete er die Vorbereitungen der Imperialisten für den kommenden Krieg, ergingen von der psychologischen Vorbereitung durch die Presse bis zum diploma-

tischen Geheimspiel. „Es gibt genügend Beweise, aus denen hervorgeht, daß Deutschland in diesem Rätespiel fleißig mitmacht. Aber wir werden keinen Krieg gegen die Sowjetunion dulden. Wir nehmen den Ruf der Kieler Matrosen von 1918 auf: „Nieder mit dem Krieg!“ Und wenn trotzdem der Kriegswahnsinn Tatsache wird, dann werden wir alles daran setzen, den imperialistischen Krieg umzuwandeln in den Bürgerkrieg.“ (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Genossen Münzenberg hielt Prof. Gumbel ein instruktives Referat über die chemisch-technischen Kriegsvorbereitungen. Für die Frauen sprach die Vorsitzende des RFB, Gen. Overlach. Als letzter Redner sprach Theo Overhagen, der die lauen, immer noch abseits stehenden Arbeiterparteien ermahnte, nicht in ihrem gemühtlichen Heim das ein und alles zu erblicken, sondern sich einzureihen in die Verteidigungsfront für die Sowjetunion.

Die Abendung eines Begrüßungsgrammes zur ersten Jahresfeier des proletarischen Sieges in Rußland wurde beschlossen.

Nach Schluß der von prächtigen Kampfsgeist getragenen Kundgebung wohnten die Teilnehmer der deutschen Frauenschaft bei der „Krafft“-Expedition ausgenommenen Films bei. Auf der Nachmittagsfeier wurde dann die offizielle Gründung des Bundes vollzogen und die Herausgabe eines Aufrufs beschlossen, der es allen Arbeitern zur Pflicht macht, zur Jammerzustehen für den Schutz Sowjetrußlands.

Sozialisierungsschwindel oder Kampf um den Sozialismus?

Als im vorigen Jahre die Hüttenindustriellen die Aussperrung beschlossen, als es galt, alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampf um das unmittelbare Ziel, den Achtstundentag, einzusetzen, da meldete sich Paul Löbe mit der Parole der Enteignung der Hüttenbetriebe.

Das war die zeitgemäß frisierte alte verächtigte Schwindel-Propaganda der Sozialisierung im Rahmen der demokratischen

Und wie soll die Enteignung durchgeführt werden? Natürlich im Rahmen der Weimarer Verfassung, natürlich nur auf gesetzlicher Grundlage, natürlich mit parlamentarischer Mehrheit. Und wer soll die Enteignung durchführen? Natürlich die gesetzliche Regierung, d. h. die Koalitionsregierung, die unter dem Kommando des Trustkapitals, der Eisen- und Stahlbarone steht. Die Enteigner sollen sich selbst enteignen!

Der Kampf des
Unternehmer
ist Kampf gegen
den Staat und
die Staatsautorität



Republik („Die Sozialisierung marschiert“). Das war die Ablenkung vom revolutionären Klassenkampf um die Tagesforderungen durch einen vorgekauften Kampf um sozialistische Endziele. Diese Enteignungsparole war aber nicht nur ein Ablenkungsmanöver. Nicht nur ein Betrug an den Hüttenarbeitern im Ruhrgebiet. Sie war zugleich ein Entlastungsmanöver, sie sollte die Kapitulation der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, ihren Verrat decken, indem sie statt des wirklichen Kampfes in den Betrieben um den Achtstundentag einen fingierten Kampf im Parlament um die „Enteignung“ propagierte.

Heute stehen 220 000 Metallarbeiter wieder im Kampf. Heute werden eine halbe Million Textilarbeiter von der Aussperrung bedroht. Und siehe, Herr Löbe meldet sich schon wieder. Durch die schlesische und ober-schlesische SPD-Pressen läuft sein Artikel: „Klassenkampf der Herren.“ Wiederum wird die vom Vorjahre bekannte Grammophonplatte abgeleiert.

Das gleiche Manöver, der gleiche Zweck. Enteignungsparolen, Sozialisierungsschwindel. Löbe spekuliert darauf, daß die Arbeiter im Ruhrgebiet seit dem vorigen Jahre nichts gelernt und alles vergessen haben. Wir aber denken, daß die Arbeiter nichts vergessen und vieles gelernt haben. Sie werden sich erinnern, daß den schönen Enteignungsparolen Löbes die praktische Kapitulation der Reformisten vor dem Schiedspruch und der Verbindlichkeitsklärung folgte. Wenn es trotzdem nötig ist, das Manöver Löbes noch einmal zu entlarven, so deshalb, weil es uns die Gelegenheit gibt, vor den sozialdemokratischen und den parteilosen Arbeitern die grundsätzlichen Fragen des Sozialismus, der Enteignung, des revolutionären Kampfes um die Macht aufzurollen und ihnen den sozialdemokratischen Verrat am Sozialismus aufzuzeigen. Für die Massen der Arbeiter, die im Sozialismus das Ziel erblicken, für welches man jederzeit kämpfen muß, ist die Enteignung der Enteigner, selbstverständlich ebenfalls ein Ziel, das jederzeit von der Arbeiterschaft erstrebt wird, und es ist einzig und allein eine Frage der Macht, wann die Enteignung der Kapitalistenklasse vom Proletariat durchgeführt werden kann.

Anders Löbe. Bei ihm ist die Enteignung eine Strafe für die Unternehmer, wenn sie die Gesetze nicht befolgen. Das ist zum Beispiel jetzt bei der Aussperrung nach Verbindlichkeitsklärung der Fall.

„Wenn sie sich fortlaufend der Befolgung der Gesetze entziehen, dann muß endlich der Rut aufgebracht werden, ihnen zu zeigen, daß die Macht des Staates vor dem Einfluß einer einzelnen Kapitalistengruppe steht. Dann muß an den am besten reüssierenden Unternehmern ein Beispiel statuiert werden dafür, daß der Artikel 153 der Reichsverfassung nicht auf dem Papier steht.“

Im Anschluß an diese Sätze wird der Artikel 153 zitiert: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.“

Seine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt.“

Der Gedankengang von Löbe ist also: Solange die Unternehmer die Arbeiter unter „Beachtung der Gesetze“ ausbeuten, kommt die Enteignung gar nicht in Frage. Die Enteignung ist nur deshalb geboten, weil die Unternehmer die Gesetze nicht befolgen.

Keine Arbeitslosen-Unterstützung

Der Reichstag hat beschlossen, die Unterstützung der Arbeitslosen zu kürzen. Die Arbeiter fordern die vollständige Abschaffung dieser Unterstützung.

Mittellose Arbeiter

Die Arbeiter fordern die Unterstützung der Mittellosen. Die Regierung will die Unterstützung kürzen.

Mit dem Hunger gegen die Arbeiterbetriebe

Die Arbeiter fordern die Unterstützung der Hungernden. Die Regierung will die Unterstützung kürzen.

Nachdem die Reformisten seit Tagen über den „Staatsstreik der Unternehmer“ schwärzen, kommt jetzt Löbe und schlägt vor, daß der kapitalistische Staat im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Enteignung der Kapitalisten vornehmen soll.

Welche Zwecke verfolgt das Löbesche Betrugsmanöver?

Erstens soll das alte Ablenkungsmanöver wiederholt werden. Damals sollten die Arbeiter vom Kampf um das Dreischichtensystem abgehalten werden, heute vom Kampf um die 15 Pfg. Lohnerhöhung und um das Dreischichtensystem. Zweitens kommt es dem „linken“ Löbe darauf an, das Umschlagen der Wirtschaftskämpfe in politische Machtkämpfe zu verhindern. Die Gewerkschaften sollen nach dem Kampf in der Lohnfrage

„tapfer führen“, der Staat soll „das Recht in den Einzelkämpfen durchsetzen“, und die „Sozialisten“ sollen die „ersten Versuche machen“, den Widerstand der kapitalistischen Besitzverhältnisse zu beseitigen. Durch diese saubere Arbeitsteilung soll der gegenwärtige Lohnkampf nach dem Plan der „Linken“ sorgfältig vom Kampf um den Sozialismus abgelenkt werden. Drittens wird als Ersatz für den Kampf um den Sozialismus der Betrug mit der parlamentarischen „Enteignung“, für den Kampf um die Enteignung der Enteigner die lächerliche groteske einer Selbstenteignung der Kapitalisten geboten, damit durch diese Hanswursttänze der Kampf um den Sozialismus selbst diskreditiert werde.

Das soll den Löbe und den anderen Linken und halblinken und einviertel-linken Betrugern nicht gelingen. Jawohl, die sozialistische Lösung ist der einzige Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Die Aussperrungsoffensive des Trustkapitals liefert wiederum den Beweis dafür, daß die Zeit reif, allzu reif ist für die Umwälzung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Aber dieselbe Aussperrungsoffensive liefert wieder einmal auch den schlagenden Beweis dafür, daß die Bedingung für die Verwirklichung des Sozialismus der revolutionäre Sturz des kapitalistischen Systems ist, daß der einzige Weg zum Sozialismus der Weg des 7. Novembers ist. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird dafür sorgen, daß die Arbeiter im Ruhrgebiet und in ganz Deutschland diese Lehre aus der Offensive des Trustkapitals begreifen.

Aus aller Welt

Von der Lava verschlungen

Die Ausbrüche des Aetna dauern an. Der Lavastrom ist ein Teil der Brücke der Messina-Eisenbahn in einer Länge von 80 Meter mit ihren massiven Pfeilern ein. Ein Teil der Eisenbahnbrücke schmolz in der glühenden Lava, während das Gefüge der Brücke tragend in die Tiefe stürzte. Auch eine kleinere im Bau befindliche Brücke wurde durch die Lava zerstört, wodurch der Verkehr auf den Strecken im Aetnagebiet unmöglich gemacht wurde. Die geräumte Ortschaft Marcell wird bald von der Lava begraben werden.

Dreißig Personen vom Tode gerettet

Ein Großfeuer, bei dem etwa 80 Personen in großer Lebensgefahr schwebten, kam in Berlin in einem Keller des Hauses Gendarmenstraße 5 zum Ausbruch. Als die Feuerwehr die Brandstelle erreichte, hatten die Flammen eine solche Ausdehnung erlangt, daß sie unzugänglich mit zehn Schlauchleitungen angegriffen wurde. Der Keller war vollständig unter Wasser gesetzt. Die Verqualmung erschwerte jede Uebersicht. Aus allen Fenstern schrien die Hausbewohner um Hilfe, weil überall Rauchvergiftungsgefahr bestand. Die Feuerwehr holte ungefähr 30 Männer, Frauen und Kinder aus den Räumen heraus. Mehrere Personen mußten, da sie bewußtlos waren, mit Sauerstoff behandelt werden.

Ein Deutscher in Afghanistan verhaftet

Der im Dienst der afghanischen Regierung stehende deutsche Förster Sebald, der am 1. November auf der Hauptstraße der neuen Hauptstadt Darul Aman mit seinem Motorrad einen Afghanen überfahren und verletzt hat, ist von der afghanischen Polizei bis zur völligen Aufklärung des Sachverhalts in Arrest genommen worden.

Ein Fischdampfer gesunken

Der Cuzhafener Fischdampfer „Pichuben“ überrannte in der Nordsee den Motorlutter „Hügetor“, der darauf sank. Zwei Mann der Besatzung ertranken, zwei Mann konnten gerettet werden.

Was wollen die Versöhner?

1. Der falsche innerparteiliche Kurs der Versöhlergruppe

1. Die Massen der Parteimitglieder haben erst durch die Auseinandersetzungen der letzten Wochen erfahren, daß es in den leitenden Körperschaften unserer Partei eine politische Gruppe gibt, die jene versöhnerische Strömung gegenüber den rechten Abweichungen vertritt, die vom VI. Weltkongreß verurteilt wurden. In der Resolution der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg heißt es, daß „die rechte Fraktion systematisch ihre opportunistische Plattform entwickelte, während die Versöhler hauptsächlich durch ihre Vorschläge in der Personalpolitik die Voraussetzungen für eine Wende der politischen Linie schaffen wollten, wodurch sie positiv die rechte Gruppe unterstützen“. Es ist klar, daß die Versöhler ihre Vorschläge in der Personalpolitik auf Grund einer von den Anschauungen der Mehrheit der Partei abweichenden politischen Auffassung machten. Diese Meinungsverschiedenheiten kamen auch bei den verschiedensten politischen Fragen zum Ausdruck.

Die Parteimitgliedschaft stellt mit Recht die Frage, warum die Partei von diesen Meinungsverschiedenheiten nicht schon früher unterrichtet, warum sie nicht durch eine offene, breite Diskussion geklärt wurden. Dazu ist zu sagen, daß eine Parteiführung nicht jede Meinungsverschiedenheit in ihrem Schoße der Parteioffentlichkeit unterbreiten kann, sondern daß sie die Meinung der Mehrheit so lange einheitlich nach außen vertreten muß, als die Meinungsverschiedenheiten nicht ein gewisses Maß überschreiten. Erst wenn es sich zeigt, daß es sich nicht um einzelne, zufällige Meinungsverschiedenheiten handelt, sondern daß sich die einzelnen abweichenden Meinungen zu einer der richtigen Linie entgegengesetzten Linie entwickeln, ist der offene politische Kampf vor dem Forum der Partei notwendig. Da die Versöhlergruppe — wie es in der Art oppositioneller Gruppen liegt — es möglichst vermied, ihren politischen Standpunkt zu präzisieren, ihre falschen Formulierungen, wenn sie angegriffen wurde, zurückzog, allerdings, um sie bei der nächsten Gelegenheit wieder aufzunehmen, da sie wiederholt ihre grundsätzlichen Übereinstimmungen mit der Linie der Partei und der Komintern in den verschiedensten Erklärungen aussprach, wurde die Klarstellung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten erschwert und verzögert.

Bereits auf dem Essener Parteitag, der die ultralinken Gefahren liquidierte, traten die Rechten mit ihrer eigenen politischen Plattform hervor. Die Gruppe Tittel, Melcher, Walcher brachte einen Antrag ein, der in wörtlicher Übereinstimmung mit dem später veröffentlichten „Aktionsprogramm“ Brandlers die „Produktionskontrolle“ im Sinne einer Einsichtnahme in die kapitalistische Betriebsführung und die Sammlung von Material zur Entfaltung der

Ausbeutung als zentrale Lösung forderte. Böttcher und Hansen meldeten schon hier ihre Bedenken gegen die Kennzeichnung der „Linken“ SPD-Führer als gefährliche Feinde des Kommunismus an. In dieser Situation vertrat Genosse Gwert sowohl gegenüber diesen Abweichungen als auch in der Verwendung von Brandler und Tittel in der Standpunkt der Mehrheit der Partei.

Die Differenzen entwickelten sich erst in der Folgezeit, als mit der Entwicklung der gesamten politischen Lage die opportunistische Gefahr in der Partei wuchs. Die kommunistische Partei muß einen ständigen systematischen Kampf gegen opportunistische Abweichungen führen, die unvermeidlich sind, solange das Proletariat unter dem Druck der Bourgeoisie und des Reformismus in der bürgerlichen Umgebung seinen Kampf führt. Aber die Häufigkeit und Gefährlichkeit der unvermeidlichen Schwankungen der weniger gefestigten Teile der Partei hängt von der objektiven Lage ab. In der SPD, wie in der Komintern überhaupt, zeigte sich das Anwachsen der rechten Gefahr, als mit der Verschärfung des Klassenkampfes, mit der aufsteigenden Welle der Linksbewegung, mit dem verstärkten Druck der Bourgeoisie und des Reformismus eine Verschärfung unserer Kampfmethoden notwendig wurde.

Eine ganze Reihe unserer Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, unserer Vertreter in den Gemeindef- und Länderparlamenten war nicht imstande, dem Spaltungsangriff der Reformisten, gefügt auf die revolutionäre Arbeiterschaft, offenst entgegenzutreten, sondern kapitulierten vor diesem Druck. Wir erinnern nur an das Verhalten einiger Gewerkschaftsfunktionäre im Metallarbeiterkampf in Mitteldeutschland und Sachsen, sowie auch in einigen Gewerkschaften in Berlin, wo Kommunisten reformistischen Resolutionen zustimmten, in denen die reformistische Niederlagenstrategie gebilligt und die „Einmischung“ der SPD in gewerkschaftliche Angelegenheiten verurteilt wurde.

Solche gefährlichen Abweichungen zu korrigieren und auszumergen ist die Partei nur dann imstande, wenn sie klar, fest und einheitlich solchen Abweichungen entgegentritt und durch die ständige Anklagung und Kontrolle der Funktionäre, die in den Massenorganisationen besonders dem Druck des Reformismus ausgesetzt sind, die Durchführung der Linie der Partei sicherstellt. Das ist aber unmöglich, wenn man irgendwelche Duldsamkeit gegenüber solchen Theorien zeigt, die auf eine Rechtfertigung opportunistischer Abweichungen hinauslaufen.

Die rechte Fraktion, die auch nach der Verurteilung ihrer Anschauungen durch den Essener Parteitag ihre reformistischen Theorien

meiner Propaganda, behauptet, daß unsere Linie zu hart, dem Verständnis der Arbeiter nicht angemessen sei, daß es uns an der notwendigen, den Massen verständlichen, aktiven Partei gegenüber dem demokratischen Propaganda der Reformisten fehle, daß wir durch unsere Kampfmaßnahmen gegen die Spaltungsoffensive der Reformisten die Spaltung verschärfen, daß man den Kampf gegen die Reformisten in dem Rahmen der von den Reformisten diktierten Grundsätze und Statuten halten müsse, daß man gegen die reformistische Bürokratie ohne vorherige Eroberung des Gewerkschaftsapparates keinen Massenkampf führen könne usw. Solche Auffassungen geben allen schwachen, schwankenden, faulen, vom Reformismus angezogenen und korruptierten Elementen in unserer Partei eine theoretische Stütze. Wollte man eine solche Propaganda in der Partei ungehindert dulden, so hieße das, einen Sammelplatz für den reformistischen Widerstand gegen die revolutionäre Politik in unserer eigenen Partei schaffen. Darum wurde der schärfste ideologische und organisatorische Kampf gegen die Rechten in der Partei zu einer unausweichlichen Notwendigkeit.

Die Versöhnlergruppe, die die Anschauungen der Rechten theoretisch mitbilligt, verstand und versteht nicht den Zusammenhang zwischen den allgemeinen Bedingungen des Massenkampfes in Deutschland und dem Auftreten der Rechten. Daher ihre vollkommen falsche Einschätzung der rechten Gefahr.

Nach dem 15. Parteitag der K.P. der Sowjetunion brachten die Genossen Ewert und Gerhards im Politbüro eine Resolution zur innerparteilichen Lage ein, die die ausdrückliche Beurteilung der von den Genossen Cominadse und Schapkin geforderten innerparteilichen Linie des verschärften Kampfes gegen rechts enthält. In dieser Resolution wird erklärt, daß die Existenz des Opportunismus die opportunistische Gefahr verstärkt. Diese entspringt aus der objektiven Lage, nicht aber aus einer falschen Theorie der Partei, wie das bis 1923 der Fall gewesen sei. Es ist natürlich absolut richtig, daß aus der Parteiführung die opportunistischen Anschauungen, die unter der Führung Brandlers herrschend waren, restlos ausgeremert sind. Wenn man aber die Existenz des Opportunismus, der gewiß in der Parteiführung ebensowenig Anhang hat, als eine Ursache verstärkter Rechtsgefahren mit Recht ansieht, wie kann man die Existenz des Brandlerismus, die in der gegenwärtigen Situation bereits zehnmal gefährlicher ist, vergessen?

Der vollkommenen Verkennung der Rechtsgefahr entspringt naturgemäß eine absolut unzulängliche Methode ihrer Bekämpfung. In der erwähnten Resolution werden die innerparteilichen Hauptaufgaben folgendermaßen formuliert:

„Die konsequente Fortsetzung und Steigerung der seit dem Offenen Brief durchgeführten Konzentration aller Genossen, die die Beschlüsse der Partei und der Komintern aktiv durchzuführen; die Überwindung der noch in der Partei vorhandenen, insbesondere von dem Genossen Brandler und seinen Anhängern vertretenen falschen Auffassungen zu den gegenwärtigen Fragen des Kampfes der Partei, durch die Verstärkung der richtigen Politik unter den Massen (1) und durch die Mittel der kameradschaftlichen Parteidiskussion.“

Die Konzentration, wie die Versöhnler sie auffassen, sollte also alle Genossen umfassen, die die Beschlüsse der Partei „aktiv durchzuführen“. Die aktive Durchführung der Parteibeschlüsse ist aber eine selbstverständliche Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Partei überhaupt. Zur Heranziehung für verantwortliche, wichtige Parteilunktionen genügt das keineswegs. Dazu gehört nicht nur die Durchführung der Parteibeschlüsse aus Disziplin, sondern aus klarer Erkenntnis ihrer Richtigkeit.

Warum aber nennt Genosse Ewert in seiner Resolution als erste Maßnahme zur Überwindung der rechten Fraktion „die Verstärkung der richtigen Politik unter den Massen“? Wenn man das als erste Voraussetzung zur Überwindung der Rechten ansieht, dann

geht man von der Voraussetzung aus, daß die rechte Opposition in erster Linie aus der Unzulänglichkeit mit einer schwachen, unzulänglichen Politik entspringt, daß ihre Grundlage eine berechtigte Kritik an Mängeln der Partei ist. Dies ist in der Tat die Grundausgangspunkt der Versöhnler, die notwendigerweise zum Block mit den Rechten führen mußte. So erklärt Genosse Gerhards in einer Sitzung des Zentralkomitees im Dezember 1927, die Forderung nach einem Aktionsprogramm mit der Lösung der „Produktionskontrolle“ spiegelt ein Bedürfnis, einen Mangel der Partei wider. Genosse Gerhards hat hier die Widerspiegelung des reformistischen Druckes mit der Widerspiegelung eines Bedürfnisses der Partei verwechselt.

Die Perspektive der innerparteilichen Entwicklung gab Genosse Ewert in dem erwähnten Dokument in folgenden Worten:

„Je stärker und einheitlicher, je entschlossener sie (das heißt die Partei. Der Verf.) die richtige revolutionäre Massenpolitik entwickelt, je vollendeter sie die Theorie des revolutionären Marxismus zur Richtschnur ihres Handelns macht, desto leichter wird es möglich sein, auch diese Genossen (das heißt die Rechten. Der Verf.) zu härterer Mitarbeit in der Partei heranzuziehen und ihre Kräfte für die Arbeit der Partei auszunutzen, ohne Konzessionen an ihre falsche Auffassung zu machen.“

Das Ziel der innerparteilichen Entwicklung ist danach nicht die vollständige Überwindung und Liquidierung der opportunistischen Auffassungen und Gruppierungen, sondern die Heranziehung der Vertreter solcher opportunistischer Anschauungen zur „härteren Mitarbeit“, trotz ihrer „falschen Auffassungen“. Genosse Ewert setzt allerdings hinzu, „ohne Konzessionen an ihre falschen Auffassungen zu machen“. Aber welche größere Konzession kann man den opportunistischen Auffassungen machen, als daß man die Heranziehung ihrer Träger zu verstärkter Mitarbeit“ als das erstrebenswerte Ziel der Partei ansieht, ohne die Überwindung ihrer opportunistischen Anschauungen zur Voraussetzung dafür zu machen!

Der Vorschlag der Versöhnlergruppe, Brandler, Thalheimer und einige ihrer engeren Gesinnungsgenossen mit Reichstagsmandaten auszustatten, um ihnen die „verstärkte Mitarbeit“ für ihre Fraktion zu ermöglichen, ist also keineswegs ein einzelner Irrtum in einer untergeordneten Personalfrage, sondern der klare Ausdruck einer völlig falschen innerparteilichen Linie. Diese Linie wurde auf dem 9. Plenum der Exekutive in einer Resolution verurteilt und die Unzulänglichkeit der Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahren ausdrücklich festgestellt. Aber auch nach dem 9. Plenum haben die Genossen Ewert, Gerhards usw. ihre falschen Auffassungen nicht korrigiert, sondern weiter durchzusetzen versucht.

Arbeitssport

Breslauer Fußball-Serienspiel am 11. November:

10.00	Vorwärts 2. Jgd. — VfL 2. Jgd., Stadion, Schmidt Fr.
Gesellschaftsspiele am 11. November:	
14.30	Einigkeit I — Freiheit I, Groß-Mochern, Heine.
13.00	Einigkeit II — Freiheit II, Groß-Mochern, Eckert.
10.00	Einigkeit III — Freiheit III, Groß-Mochern, Ritter.
9.00	Einigkeit 1. Jgd. — Freiheit 1. Jgd., Groß-Mochern, Gabriel.
14.30	Union 1. Jgd. — BSC. 1. Jgd., Dt.-Lissa, Kupprecht.
13.00	Union II — BSC. II, Dt.-Lissa, Praug.
15.00	Heria I — VfL I, Gräbchen, Quara.
13.00	Heria II — VfL II, Gräbchen, Ulrich Fr.
13.00	Südost II — Wader II, Klettenberg, Klapper.
10.00	Südost III — Wader III, Klettenberg, Resner.
14.30	1921 I — 1924 I, Bebelpark, Grünert R.
14.30	VfL I — Sparta I, Kl.-Gandau, Gomille.
13.00	VfL II — Sparta II, Kl.-Gandau, Springer.
10.00	VfL III — Sparta III, Kl.-Gandau, Neumann R.
10.00	1924 1. Jgd. — Ein.-Fid. 1. Jgd., Gröschelwiese, Blum.
14.30	Südost I — Wader I, Klettenberg, Demnig.

Fußballsparte. Verhandlungsausschuss. Sitzung für 12. November, 20.45 Uhr: In Sachen Pflger (Südost) dazu Vertreter Südost: W.P. — West folgende Sportgenossen: Pflger, Stampniewitz (Südost), Kollin (W.P.) und Protokollbuch.

Freiburg, Sportartikel. Rottig zu spät erhalten. Waldenburg, Arbeiter-Sportartikel. In der Sonnabend-Abendversammlung schloß die Turner-Verbandsversammlung die Verhandlung an das Stadamt zur Behandlung, die sich mit dem Freibad, der Besteuerung der Sportfeste und den Wertsportvereinen befaßte und einstimmige Annahme fanden. Auf Grund des Berichtes vom Ortsauschuss für Jugendpflege wurde besonders der Mangel an Versammlungsräumen für Jugendliche kritisiert. Gasthäuser sind heute nicht dafür geeignet. Arbeiterport und Gewerkschaft ließ eine längere Aussprache entstehen, die darin ihr Ende fand, daß die erwachsenen Mitglieder unbedingt gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein müßten. An das Bezirksamt wurde der Antrag gestellt, daß in demselben eine Vereinigung des Geschäftsführung eintreten solle, und zwar in der Form, daß der heute bestehende Beirat weiterarbeitet und die Ortsstelle die Arbeit mit den Vereinen erledigt. Die Finanzierung bleibt dieselbe wie bisher, gemeinsame sportliche Veranstaltungen finden nicht mehr statt, damit die örtlichen Parteien eine größere Werbeaktivität entfalten können. Eine Kartellverwaltung am Sonntag wird abgelehnt und den einzelnen Vereinen überlassen. Zur Generalversammlung Mitte Januar sind Anträge bis 30. Dezember an den Schriftführer einzurufen. In Zukunft ist zu vermeiden, daß mehrere Vereine am gleichen Tage Veranstaltungen im Stadion ansetzen. Ein Festkalender für 1929 soll wieder zusammengestellt werden. Auf Veranlassung der Jugendherbergen wurde hingewiesen und ein Vortrag über dieselben für die nächste Versammlung gegen 9 Stimmen angenommen.

Vom Arbeiterradfahrerbund Oberschlesien. Die Tagung des 14. Bezirks Oberschlesien des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“ fand am Sonntag in Ratibor in den Räumen der Schloßwirtschaft statt. Mit Ausnahme von zwei Vereinen waren sämtliche Ortsgruppen anwesend. Aus dem Bericht des Bezirksleiters Kubala ging hervor, daß sich der Bezirk im Laufe des Sommer ausentwickelt hat und überall Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Mitgliederzahl ist in den meisten Ortsgruppen um das Doppelte gestiegen. Besonders tätig war die Ortsgruppe Gleiwitz, Kreis Leobschütz, deren Mitgliederzahl inzwischen auf 60 gestiegen ist. Neue Ortsgruppen wurden in Ratibor, Kl.-Ellguth und Groß-Meulitz gegründet. Bei den Beratungen des Sportprogramms für 1929 kam der einstimmige Wille zum Ausdruck, den Bezirk im neuen Jahre durch besonders rege Tätigkeit zu beleben und durch aktiven Sport sämtlicher Ortsgruppen Oberstes zur Ausbreitung des Arbeiterradfahrerbundes beizutragen. Das Programm für das Jahr 1929 sieht vor: Am 5. 6. 29 Radfahren über 21 Kilometer, am 18. 5. Räderkampf über 50 Kilometer, im Juni Radmeisterschaft über 60 Kilometer, am 21. 7. Zweiermannschaftsfahren, im August Dreiermannschaftsfahren und am 29. 9. ein Hindernisfahren. Ferner wurde die Abhaltung eines Bezirks-Sommerfestes in Ratibor und in Wetschitz beschlossen.

Nach 10 Jahren im November gedenken wir derer, die für uns gekämpft haben, in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen mit dem großen Russenfilm 10 Tage, die die Welt erschütterten Kulturprogramm: Auf den Spuren der Azteken und die Wechanschau Donnerstag, den 8. und Freitag, den 9. November, 5 und 8 Uhr Jugend verboten!

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnab., den 3. 11.
bis Sonnabend, den 10. 11.
täglich 20 Uhr
Neueinstudierung!
Kater Lampe
von Rosenow

Thalia-Theater
Von Montag, den 5. 11.
bis Sonnab., 10. 11., 20 Uhr
Zum 1. Male
Wie es euch gefällt

Stadt-Theater Breslau

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36806
Täglich 20 Uhr
Die Herzogin von Chicago
Musik von
Ludwig Kalman

(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 5
Der Waffenschmied
Sonnabend, 19.30 Uhr
Garmen
Sonntag, 20 Uhr
Erstaufführung
Die Jagdliche Perena
von Richard Strauß

Gevert Betten
25 und 40 Markt
rote Jalousie
verkauf
Leibhaus, Belsauer Str. 12

Molkerei Hermann Walter
Breslau, Gubitzstraße 39
Milch - Butter - Eier - Käse

HOSEN
in jeder
Weite,
dauer-
hafte
Qualität
E. Heckerle
Breslau 6
Friedr.-Wilhelm-Str. 76

Direkt aus der Fabrik
unser berühmter alter
Breslauer 37° p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandverschnitt 2.80
in 38° per Liter . M. 2.80
Jamaica-Rum-Verschnitt
38° per Liter . M. 2.80
Blutroter Südwine
kräftig u. süß, per Ltr. M. 1.25
Sämtliche Liköre und Weine zu
unübertroffenen Preisen
Herzberg & Co.
Gubitzstraße 48, Blücherplatz 17/18,
Waldschützstraße 3, Klosterstraße 61,
Leibnizstraße 10, Selenitzstraße 17

Bekanntmachung.

Pfänder - Versteigerung
am Donnerstag, dem 1. November 1928
normittags 9 Uhr
Rote Scheine bis Nr. 93 500
Weiße Scheine bis Nr. 39 000
Verlängerungen werden nur bis zum
10. November 1928 angenommen.
Zum 14. Nov., mittags 1 Uhr ab bis
zum 18. Nov., mittags 1 Uhr, ist das
Leihhaus für Annahme und Ausgabe
von Pfändern geschlossen.
Städtisches Leihhaus
Breslau, Messergasse 9, Ecke Stadgasse.

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Möbel
Küchen, komplett, 7-teilig
Schränke, poliert, 2-türig
Ausziehtische, polierte Stühle
Preisw. Schlaf-Horren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Anlege-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Blüner & Dührig
Süß- u. Wind Möbel / en détail, en gros
Mühlentw. 197 u. Weichbergstr. 19/20

Gustav-Freytag-Str. 27
bei
Theod. Böhm
kauft man
Hasen auch halbe
Gänse
Wilde Kaninchen
Eier und Landbutter
billig und gut

Kauhaus Goldnes Zepher

Breslau, Klosterstraße 47
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Strümpfe
Crikotagen - Herren-Artikel

Bluttsche
Grüne Heringe Pfd. **24**
Ostseedorch nur **24**
Goldbarsch o/K, Seelachs o/K,
Kabeljau o/K, Schellfisch o/K,
Kofellets

Bratheringe 88
aus neuen Heringen
2-Pfund-Dose nur
Prachtvolle Salzschnitten
Stück 7, 10, 12 Pfg.

in der
Nordsee
Bohrner Str. 2, Schmiedebrücke 19
(rechts v. Ring aus), Neue Schweid-
nitzer Str. 5 a, Anderssenstraße 2
Gräbchener Straße 6
Liegnitz, Breslauer Straße 27

Schlusser-Anzüge
Strümpfe, Socken, Hosenträger
billigst bei
Hermann Döhmel
Schweidnitz
Reichenbacher Str. 54

Stuhrmann
Das Haus für
Herren-Bekleidung
Grünberg, Ring 21/22
Telephon 672

Achtung! Kolporteur gesucht!

Für die Stadt Waldenburg wird sofort ein tüchtiger und zuverlässiger Kolporteur gesucht. Meldungen an die Unterbezirksleitung Waldenburg oder an den Verlag erbeten.

Brennholz
Schwarten u. Sämlinge
gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse

Wir empfehlen
unsere
Buchdruckerei
zur Anfertigung
von
Werken
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Programmen
Einlaßkarten
Flugblättern
Massenauf-
lagen usw.
Gute Ausstattung!
Niedrige Preise!

Antliche Bekanntmachung
von **Weißstein**
Der Beirer, Herr Wilhelm Schofer
in Weißstein, Hauptstraße 80, ist als
Schießmann des Bezirks Weißstein Nr.
60 II, gewählt, bestätigt und vereidigt
worden, was mit dem Bemerken zur
öffentlichen Kenntnis gebracht wird, daß
in Behinderungsfällen der Obgenannte
und die Schießmänner der Bezirke Nr.
60 II, 61 III, 62 IV sich gegenseitig zu ver-
treten haben.
Weißstein, den 3. November 1928
Der Gemeindevorsteher
J. B. Scholz

DEUVAG
Papier-Erzeugungs-
und Verwertungs-
Aktien-Gesellschaft
Berlin
RL Breslau
Trebnitzer Str. 50

Elektrische
Beleuchtungskörper, Heiz-
und Koch-Apparate
Installations-Materialien
Licht- u. Kraft-Anlagen
Radio
Elektro-Montage-Ges.
am. L. H.
Goritz, Berliner Straße 60
Telephon 145

Heraus zur Revolutionsfeier!

Freitag, 20 Uhr, im Schießwerder! — Genosse **Hermann Remmele** - Berlin spricht!
„Die Trommler“ spielen eine Revue in 37 Bildern! Massenbesuch wird erwartet. Eintritt 50 Pf., Erwerb- 25 Pf.

Breslau

Ein neuer Arbeitssonntag für die Ungeheulten

Der Regierungspräsident von Schlesien und der Polizeipräsident von Breslau haben genehmigt, daß am Sonntag, dem 18. November, die Geschäfte von 11½ bis 18 Uhr geöffnet sein dürfen. Diese Maßnahme soll zur „Hebung des Breslauer Handels“ dienen, d. h. die Geschäftsinhaber wollen auf Kosten ihrer Angestellten, die dadurch wieder einmal um einen Sonntag gebracht werden, Geschäfte machen.

„Ungelegte Eier ausbrüten“

So nennt Herr Darf in der gestrigen „Vollmacht“ die Tatsache, daß die „Arbeiter-Zeitung“ vorgestern den „Eingungsvorschlag“ des Magistrats veröffentlichte. Wir haben es bisher nicht für nötig gehalten, die Leute vom Bräutelsplatz darum zu befragen, wann und wie wir zu irgendwelchen Dingen Stellung zu nehmen haben. Wir werden das auch in Zukunft selbstverständlich nicht tun, denn nur zu deutlich spricht aus der „Vollmacht“-Notiz der Kerger eines Zufallsgeschehens. Es ist eine in Breslau allgemein bekannte Tatsache, daß Herr Darf nichts weiter als ein geistiger Kaffänger des städtischen Presseamtes ist. Was das Presseamt nicht offiziell meldet, ist für Herrn Darf nicht vorhanden. Dadurch kommt es, daß die „Arbeiter-Zeitung“, die sich bemüht, verschiedene Dinge möglichst schnell zu erfahren, schon des öfteren dem „Blatt der werktätigen Bevölkerung“ um einige Tage voraus war. Was wir zuverlässig wissen, ist es deshalb in der „Vollmacht“-Redaktion meistens zu hören fragegenommen. Wahrscheinlich scheint auch am Dienstag Herr Kranol unseren „Kritiker“ Darf gerührt zu haben, daß er über den „Eingungsvorschlag“ und über die Hauptlinie der Stadt noch nichts gebracht hatte. Aus Kerger darüber hat Reinhold in wirklich dummer Weise (denn im gleichen Atemzuge tut er dasselbe, was er bei uns „ungelegte Eier ausbrüten“ nennt — er veröffentlicht nämlich den „Eingungsvorschlag“) versucht, sich an uns zu reiben. Was uns keinesfalls stört. Wir verbleiben vielmehr, lieber Darf, mit dem Wunsche, daß Sie noch weiter so wie bisher schlafen mögen, auch für die Zukunft Ihre Tönen nicht übernehmenden Freunde!

Muß das ein „Erfolg“ sein

Wie aus einer Bekanntmachung des mittelschlesischen Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei ersichtlich ist, hat die heute erst ungefähr ein Viertel der Ortsgruppen über das Ergebnis der sogenannten „Werkwoche“ abgerechnet. Und das, obwohl diese bereits lange verfloren ist. Es ist ganz offensichtlich, daß die sozialdemokratischen Funktionäre sich schämen, über das Ergebnis der in den meisten Ortsgruppen überhaupt nicht angelegenen Werkarbeit zu berichten. Die Werkwoche war eine Meile! Das wird unheimlich übrigens auch durch den Bezirksvorstand selbst bestätigt, indem er sich hütet, das Werkergebnis jener Ortsgruppen mitzuteilen, die bisher berichtet haben.

Breslauer Lebensmittelkontrolle. Bei der letzten Kontrolle wurden durch das Gewerbeamt u. a. zur chemischen Untersuchung aufgeführt: 289 Proben Vollmilch, 3 Proben Kond. Milch, 1 Probe Sahne, 1 Probe Vorkugelmilch. Die entnommenen und vermaßerten Milchproben von auswärtsigen Rühhaltern sind schon verführt nach Breslau geliefert worden. Auf Sauberkeit wurden revidiert: 740 Fleischerbetriebe, 811 Bäckereibetriebe, 357 Schankwirtschaften, 96 Fischgeschäfte, 108 Wäb- und Geflügelgeschäfte, 247 Metz- und andere Lebensmittelgeschäfte, 188 Straßenhändler sowie die Verkaufsstände der Großmarkthalle und Markthallen 1 und 2, 8 Geflügelhallen, 9 Milchlingelwagen. Zur Anzeige gelangten: 16 Gewerbetreibende wegen Unsauberkeit der Verkaufsräume, der Werkstätten und der Fleischverarbeitungsgeräte, 8 Gewerbetreibende wegen schmutziger Spülwannen und schmutziger Bierleitungen, 8 Gewerbetreibende wegen Verkauf von Waren nach 19 Uhr, 18 Gewerbetreibende wegen unerlaubten Sonntagverkaufs, 6 Straßenhändler wegen Anrufens von Waren auf der Straße, 7 Gewerbetreibende wegen nicht angemeldeten Gewerbes und Fehlens von Preisverzeichnissen, 8 Gewerbetreibende wegen anderer Uebertretungen. Beschlagnahmen wurden: 9 Hofen wegen unerlaubten Feilbietens während der Schonzeit, 66 Kilogramm Schweinefleisch, weil nicht tierärztlich untersucht. Die Revisionen der Waagen, Maße und Gewichte erfolgten in 111 Gewerbetrieben. Hierbei wurden 168 Gewichte, 12 Flüssigkeitsmaße, acht Tafelmaßagen, 2 Dezimalmaßagen, 1 Balkenmaße, weil unvorchriftsmäßig, eingezogen. Gegen 72 Gewerbetreibende mußten deshalb Strafanzelgen vorgelegt werden.

Zwei Selbstmorde. Freiwillig aus dem Leben geschieden ist der Kampfer Sluga, der sich in seiner Wohnung, Promnißstraße 58, an der Stubentür erhängte. — Der Schmitz Willi B., wohnhaft Berliner Straße 19, beendete durch Öffnen der Gasöhne sein Leben. Schuldenrennung. Der Magistrat hat beschlossen, der Hülfschule 9, nach dem bekannten Hülfschullektor den Namen „Julius Berner-Schule“ zu verleihen.

Mittelschlesien Revolutionsfeier in Dels

Am Sonnabend, dem 10. November, 19 Uhr, im „Großen Rurfürst“ Revolutionsfeier. Mitwirkende: Schalmeyerskapelle. Festrede: Genosse Landtagsabgeordneter Bollweber-Breslau. Aufführungen von Genossen des R.V. Breslau. Wir erwarten von sämtlichen Genossen und Kameraden eine lebhafteste Organisa, damit dieser Abend ein Erfolg für unsere Bewegung wird.

Strehlen. Die „gebildete“ Hauswirtin. Ein schlimme Zeit haben die Mieter des Hauses Weidenstraße 81. Der Hausbesitzer ist anscheinend der Hindenburg-Rummel in den Kopf gestiegen. Solange die Mieter ihren Verpflichtungen pünktlich nachkommen und die Miets- und alle Forderungen anstandslos bezahlen, ist Ruhe. Erlaubt sich aber einer, die Forderungen zu prüfen, ist die Hölle los. So auch vor kurzem wegen des Wassermehrerkaufs. Sie verlangte von der einen Mieterin für jedes Vierteljahr wegen Mehrverbrauch bis zu drei Mark. Als diese sich erkundigen ging, machte es nur 71 Pfennige aus. Die Hauswirtin weigert sich jetzt, das zuviel verlangte Geld herzugeben.

Die Breslauer Theater

Breslau, 8. November.

Breslau hat drei aus öffentlichen Mitteln unterstützte Theater: Stadt-, Lobe- und Thalia-Theater. Das erstere ist Oper und in erster Linie — trotz der natürlich auch vorhandenen proletarischen Besucher — die Unterhaltungsstätte der finanziellstärkeren Kreise der Bevölkerung. Lobe- und Thalia-Theater werden dagegen von Arbeitern recht zahlreich besucht. Es soll nicht Aufgabe unserer heutigen Ausführungen sein, Wert oder Unwert der einzelnen Aufführungen der drei Theater zu untersuchen. Im allgemeinen sei dazu nur gesagt, daß die auf den Schauspielbühnen ausgeführten Werke bei weitem mehr Ansehen auf Beachtung hatten, als die Operndarstellungen, die bei aller Anerkennung ihrer musikalischen Qualität eben doch teiglich verfaßt sind.

Im Nachfolgenden soll eine Statistik des Breslauer Theaterlebens der vergangenen Spielzeit aufgemacht werden: An Plätzen sind in den drei genannten Theatern vorhanden: Stadttheater 1342, Lobe-theater 1108, Thalia-theater 1350. An Besuchern wurden im vergangenen Spieljahre gezählt: im Stadttheater 222 842, Lobe-theater 185 348, Thalia-theater 124 294. Einen bedeutenden Anteil an diesen Zahlen haben die „Besucherorganisationen“, d. h. richtiger eigentlich nur die „Vollsbühnen“, denn der christlich-nationale „Vollsbühnen-Verein“ bringt trotz des großen Erfolges, mit dem er Bedeutung vortäuschen will, nur einen Bruchteil der durch die „Vollsbühnen“ erlangten Theaterbesucher auf. Auch hier wollen wir

die sonst notwendigen kritischen Bemerkungen zum Thema „Vollsbühnen“ heute unterlassen, sondern nur Zahlen nennen: Die Vollsbühne führte dem Stadttheater 42 745 Besucher zu (Vollsbühnenbund 2251); dem Lobe-theater 88 862 (11 228) und dem Thalia-theater 65 811 (6880). Die beiden Organisationen stehen sich also fast wie 1:10 gegenüber, was die großmütigen „Christlich-nationalen“ aber kaum hindern dürfte, auch in Zukunft noch recht selbstbewußt zu sein. Interessant ist weiterhin ein Blick auf den Spielplan. Das Stadttheater hatte innerhalb von zehn Monaten 881 Aufführungen zu verzeichnen, das Lobe-theater 857 und das Thalia-theater 289. An Neujahrsentstellungen brachten diese Theater 22, 41 und 20 heraus.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über das Personal: Die größte Zahl Beschäftigter weist das Stadttheater mit 376 Personen auf. 120 Mann ist allein das Orchester stark, 58 Mann umfaßt der Chor; hinzu kommen 50 Personen als Solopersonal, 27 Mitglieder des Balletts, das technische Personal zählt 70 Köpfe, im Büro arbeiten 12, und bei sonstigen Arbeiten sind 36 Personen beschäftigt. Mit einem weit geringeren Personal kommen die zu den „Vereinigten Theatern“ zusammengeschlossenen Lobe- und Thalia-theater aus. Sie beschäftigen zusammen noch nicht die Hälfte des Personals, das das Stadttheater allein braucht, nämlich nur 185 Personen. Und zwar 50 Solokräfte, 9 Mann Büropersonal, 31 technisches Personal und 15 „Uebriges“.

Vielleicht findet sich in Kürze Gelegenheit, bei der Behandlung der Finanzierung der Breslauer Theater auf einige der oben ange deuteten Dinge näher einzugehen.

Sittlichkeitsverbrechen mit Scheintodpistole

Der Seitendorfer Sittlichkeitsverbrecher in Breslau verhaftet

Das Polizeipräsidium teilt der bürgerlichen Presse (die „Arbeiter-Zeitung“ ist bekanntlich immer noch gesperrt) mit: Die Breslauer Kriminalpolizei hat in der Person des 24jährigen Bergmanns Paul Schaar aus Weißstein einen gemeingefährlichen Sittlichkeitsverbrecher festgenommen. Schaar ist des Sittlichkeitsverbrechens, das er, wie wir feinerzeit berichteten, an einem Hütendöchen bei Seiden-dorf beging, überführt. Zu der Tat und der Verhaftung des Schaar werden folgende Einzelheiten bekannt:

In den Mittagsstunden des 27. Oktobers war ein Hütendöchen aus Seitendorf wie immer mit ihren Köchen auf der Weide. In der Nähe arbeiteten verschiedene Leute, die zur Mittagzeit Schluß machten und nach Hause gingen. Auch das Mädchen wollte den Heimweg antreten, als ein längerer Mann auf sie zutrat und sie zurückhielt. Er gab vor, ein Polizeibeamter zu sein und sie über einen angeblich begangenen Diebstahl vernehmen zu müssen.

Plötzlich zog der Unbekannte eine Scheintodpistole aus der Tasche und schob das Mädchen in das Gesicht.

Darauf schleppte er sie etwa einen Kilometer nach einem Wald, schob ihr nochmals ins Gesicht und zwang sie, da sie noch immer bei Bewußtsein war, sich ihrer Kleider bis aufs Hemd zu entledigen. Als sie dieser Aufforderung nur zögernd Folge leistete, schob Sch. noch ein drittes Mal. Darauf vergewaltigte er das Mädchen in der brutalsten Weise, feißelte sie und band das Opfer an einen Baum. Er versuchte sie zu ertödeln, indem er ein Schnupfenstück in Papier wickelte und es ihr in den Mund zu schieben versuchte. Dies gelang ihm aber nicht und so ging er fort. Die Abwesenheit des Mädchens wurde bei der Dienstreise Verhaftung, um so mehr, als die Köche allein nach Hause gekommen waren. Man begab sich auf die Suche und fand sie schließlich in dem bedauernswerten Zustande vor. Ein Arzt aus Weißstein, zu dem sie sofort gebracht wurde, stellte fest, daß

sie auf brutale Weise genötigt wurde und daß ihr Hals Würgespuren aufwies. Ueberdies war das Gesicht des Mädchens vom dem Pulver völlig schwarz. Die Waldenburger Beamten nahmen die Ermittlungen auf, gemeinsam mit einem Beamten der Landesstriminal-polizei, der aus Breslau entsendet wurde. Die Ermittlungen führten zunächst zu keinem Ergebnis, obgleich sowohl das Mädchen als auch ein Prediger eine Beschreibung der Kleidung des Täters gaben.

Am vergangenen Donnerstag kam nun ein Mann nach dem Breslauer Polizeipräsidium, der ausgab, daß er in einem Lokal der Innenstadt einen Mann angetroffen habe, der sich durch den Besitz einer Scheintodpistole verdächtig machte. Kriminalbeamte suchten sofort das Lokal auf und nahmen den Verdächtigen fest. Die Breslauer Polizei setzte sich sofort mit den Waldenburger Beamten in Verbindung und erfuhr von diesen, daß Schaar erst vor kurzer Zeit der Tochter seiner Hauswirtin mit einer Scheintodpistole ins Gesicht geschossen habe, als er mit ihr wegen der Miets in eine Auseinander- setzung geriet. Ueberdies wurde bekannt, daß Sch. schon eine zwei- jährige Zuchthausstrafe wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verbüßt hatte. Sch. leugnete hartnäckig, mit dem Seitendorfer Verbrecher in Zusammenhang zu stehen. Die weiteren Ermittlungen ergaben aber, daß er zweifellos das Verbrechen begangen hat. Denn es konnte festgestellt werden, daß die Beschreibung der Kleidung auf Sch. zuträfe. Den endgültigen Beweis für die Schuld Schaares dürfte wohl seine Gegenüberstellung mit dem Prediger und dem von ihm vergewaltigten Mädchen ergeben haben. Beide Personen, die am Dienstagvormittag mit Sch. konfrontiert wurden, sagten, von einander unabhängig, aus, daß Sch. bekümmert der Täter sei.

Trotzdem leugnete Sch., mit der Tat in Verbindung zu stehen. Er wird in den nächsten Tagen aus dem Breslauer Untersuchungsgefängnis nach Waldenburg übergeführt werden.

Trotzdem sie sehr „gebildet“ ist, belegt sie die Mieter mit den un- lästigsten Ausdrücken wie „verdorrtes Gerede“, „Heher“ usw. Da die Mieterin längere Zeit arbeitslos war und die Kinder zu ernähren hat, ist sie mit der Miets rückständig, die sie ratenweise bezahlen will. Um durch das Wohlfahrtsamt etwas Unterstützung zu erhalten, machte sie einen diesbezüglichen Antrag. Denselben machte ihr die „gebildete“ Hausbesitzerin zu Wasser. Bei einer solchen Frau wunder- es einem nicht mehr, daß sie sagt: Sie selbst ist deutsch-national und fromme Christin. Sie hat es nur der Besonnenheit der Mieter zu verdanken, daß es bis jetzt noch zu keinen Zusammenstößen ge- kommen ist. Aber auch der züchtige Mieter verliert einmal die Ge- buld. Mieter selbst auch einig, treten ein in den Mieterkühverein und in die kommunistische Partei, dann werden sich die Hausbesitzer an eurer gefährlichen Front den Schädel einrennen.

Achtung! Donnerstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wende (Stadt Breslau). Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Vogt-Berlin.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau
— Nordst. Donnerstag 18.30 Uhr Eintreten Laurentiusplatz.
— Nordst. Freitag 18.30 Uhr Eintreten Laurentiusplatz zur Revo- lutionsfeier nach dem Schießwerder.
— Stadthilf. Alle Parteigenossen treten am Freitag um 19 Uhr am Stregauer Platz an zum Abmarsch zur Revolutionsfeier.
Grotzsch. Sonntag Reichstagskontrolle.
Strehlen. Donnerstag 20 Uhr außerordentliche Mitgliedserversammlung bei Wende. Referent Genosse Vogt-Berlin. Erscheinen ist Pflicht.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Nordst. Donnerstag Feiertagabend bei Schneider, Rosenstraße. Gäste mit- kommen.
— Donnerstag 20 Uhr bei Sanft. Friedrichstraße 41. Große der Kultur- treue. Alles erstgennt!

Jung-Spartakus-Bund

Breslau
— Nordst. Donnerstag 17 Uhr Feiertagabend in der „Studi-Kamman“, Matthiasstraße.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau
— Nordst. 2. Donnerstag 18.30 Uhr Eintreten Laurentiusplatz. Kaballe be- schädigt.
— Nordst. 2. Freitag 18.30 Uhr Eintreten Laurentiusplatz. Kaballe be- schädigt.
— Nordst. 3. Donnerstag 18.30 Uhr zum Generalappell antreten an der „Stadt- kamman“. Alles in Uniform. Kaballe beschädigt. Jeder Gewerbetreibende mit seiner Gruppe zur Stelle, wer nicht erscheint, wird zur Verhaftung ge- zogen.
— Nordst. 4. Sonntagsabend 19 Uhr Eintreten und Abmarsch vom Stregauer Platz. Abmarsch, mit Kaballe zum Generalappell. Beschädigt. Erscheinen ist Pflicht.
— Nordst. 6. Donnerstag 18.30 Uhr Eintreten der gesamten Abteilung bei Sanft Friedrichstraße 41.
— Nordst. 6. Freitag 19.30 Uhr Eintreten der gesamten Abteilung zur Revo- lutionsfeier bei Sanft, Friedrichstraße 41.
Schweidnitz. Freitag 19.45 Uhr außerordentliche Generalversammlung „Stadt- Breslau“. Erscheinen aller ist Pflicht.
Waldenburg. Sonntag 9 Uhr Lokal „Goldener Stern“, Grotzschger Straße Generalmitgliedserversammlung. Referent Kaszab Siebold, Breslau.

Rote Jungfront

Breslau
— Nordst. Sonntag 19 Uhr Eintreten zum Generalappell in Bundes- feiung im „Kriegsbau“, Schulzenstraße 74.
— Nordst. Freitag 18.15 Uhr Eintreten zur Revolutionsfeier in Bundes- feiung am Stregauer Platz.
Grotzsch. Freitag 20 Uhr im „Berliner Hof“ Jungfront-Versammlung.

Sonstige Organisationen

Breslau
— Internationale Arbeiter-Liga. Landesparlament und Funktionäre Donnerstag 20 Uhr bei Reimann, Neue Unterländerstraße.
— Arbeiter-Angler-Verein. Donnerstag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung in Reimann-Saal des Gewerkschaftsbauhofes. Einzahlungen auf Kugelfarten sind nur bei der Abhaltung zu leisten.
— Bund der Freiberuflichen. Heute Donnerstag Revolutionsfeier gemeinsam mit den Eltern.
Freiburg. Freireligiöse Gemeinde. Freitag 20 Uhr im „Grotzschger Hof“ über Vortrag. Dozent Reichertwallner.

Chlorodont befeuchtet säulen Mundgeruch u. täglich gefärbten Zahnelag

Am Freitag heraus

Revolutionsfeier

im „Edelstein“, Waldenburg. Beginn 19 Uhr. Referent: Genosse Arthur Dombrowski, Breslau.

RSO. Verurteilung von zwei Waldenburger Kerzten. Schwere Anschuldigungen werden gegen zwei Waldenburger Kerzte erhoben. Die Betriebskrankenkasse der Stadt Waldenburg soll von ihnen geschädigt worden sein durch Anrechnungsbroughting von Konjunktationen und Sonderleistungen, die nicht ausgeführt wurden.

Bei schwerer Grubenunfälle ereigneten sich im niederschlesischen Steinlohlenrevier. Auf der Gustavgrube in Rothendach flog dem Kohlarbeiter Köhler aus Gottesberg beim Einschleichen von gepulverten Kohle in den Kokslofer eine schwere Bombe auf den linken Fuß. Er mußte mit einer Knochenverletzung sofort ins Knappschaftslazarett eingeliefert werden.

Beitrag. Von der Arbeiter-Samariter-Kolonie. Durch den Bergarbeiterstreik war die Kolonie gezwungen, ihre für den 14. Oktober in der „Freiwilligen Krone“ in Weißstein bereits bekanntgegebene Wohlthatigkeits-Veranstaltung auf den 25. Dezember zu verlegen. Programme sind jetzt schon bei den Mitgliedern zu haben.

Beitrag. „Die Trommler“ spielen am Sonntag um 19.30 Uhr in unserem Ort anlässlich der Revolutionsfeier. Werkstätte, ersehen! reiflos!

Oberes Revier

Die Streikleitung gibt Rechenschaft

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Brot von den Bäckermeistern', 'Brot von der Knappschaftsbäckerei', 'Für die Küche ausgegeben', etc. Total: 1148,50 M.

Allen Spendern unseren herzlichsten Dank! Dank auch allen denen, die uns durch Spenden aller Art in diesem Streik unterstützten. Es dürfte zuviel Raum in Anspruch nehmen, alle diejenigen namentlich aufzuführen, die es ermöglichten, Kinder der Streikenden in Pflege zu nehmen.

- List of names and organizations: Die Streikleitung, Ulrich, Peltz, Kirsner, Schäfer, Bergarbeiterverband, Gabel, Metallarbeiterverband, Reymann, Verband der Maschinen- und Feinzer, Behringer, Sagasser, Gewerkschaft D. D.

Interessenten, welche die Listen über die Verwendung der gespendeten Gelder einsehen wollen, bitten wir, beim Kollegen Peltz, Schützenstraße 34, vorzusprechen.

Nur

wer keine Beiträge für 1928 reiflos bezahlt hat und durch die Reichskontrolle erfasst ist, was durch die im Buch liegende Kontrollkarte bewiesen wird, bekommt das neue Mitgliedsbuch für 1929 zugeschickt.

RSO. Friesland. Einen unerhörten Hebergriß leisteten sich zwei tschechische Zollbeamten. Als zwei junge Burken die Grenze überschritten, wurden sie angehalten und gefragt, warum sie nicht die Zollbeamten grüßten. Es entspann sich nun ein Wortwechsel, wobei einer der jungen Leute von zwei Beamten ins Zollhaus geschleppt und dort schwer mißhandelt wurde.

Königszell

Achtung, Parteimitglieder! Freitag Mitgliederversammlung in der „Krone“. Reichskontrolle! Jedes Mitglied muß erscheinen. Sämtliche anderen Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Schweidnitz

Lebenslang. In einem Hause am Schöberplatz stürzte ein sechzigjähriger Rentnerwaggon so unglücklich die Treppe hinab, daß er an den erlittenen schweren Verletzungen verstarb.

Auf dem Arlesplatz war dieser Tage die Schweidnitzer Kriminalpolizei. Sie suchte bei Funktionären des NSD. nach „Hochverratmaterial“. Dank der Findigkeit der Schweidnitzer Polizei fanden sie nichts. Unter tiefem Beifall.

Aus der Kriegsoffenerbewegung. Zu einer öffentlichen Versammlung hatte am Freitag der Internationale Bund aufgerufen. Die Teilnahme konnte besser gewesen sein. Das Referat des Genossen Heider-Weißwasser wurde aufmerksam entgegengenommen.

Görlitz

11 Jahre Sowjet-Rußland. Nr. 46 der „NSZ“ bringt in Erinnerung an den 7. November 1917 eine Darstellung eines gewaltigen Kulturwerkes der Sowjetunion, des „Volksparks für Kultur und Erholung in Moskau“. Noch einmal wird auf den Kampf der Sowjetunion für den Weltfrieden hingewiesen und gezeigt, daß die Sowjetunion alles tut, gegen die Kriegsdrohungen der imperialistischen Staaten den Frieden zu erhalten.

146 Straftaten. In Neusaig a. O. wurde der Reisende Artur Stedder aus Görlitz verhaftet, der durch schwere Urkundenfälschungen mit Betrug und Unterschlagung in 146 Fällen einen Görlitzer Geschäftsmann erheblich schädigte. Der Verhaftete ist geständig.

Jeder Genosse

kann mithelfen, die Reichskontrolle schnell und reiflos durchzuführen, wenn er sofort (spätestens bis 15. November) sich an seine Leitung wendet.

Grünberg

Vor neuen Entlassungen in der „Deutschen Welle“. Von Woche zu Woche steigt die Zahl der Erwerbslosen auch in unserer Stadt. An eine Abnahme ist vorläufig überhaupt nicht zu denken, denn, wie wir erfahren, werden in der nächsten Zeit noch 400 Entlassungen in der Deutschen Welle vorgenommen.

Die Uhrenfabrik „Exacta“ und Herr Fintel

3. Exacta: Der Oberbürgermeister Fintel suchte, um die Arbeitslosigkeit in der Stadt Grünberg nach Möglichkeit zu beseitigen, neue Betriebe nach dort zu ziehen. Er trat zu diesem Zwecke auch mit einer „Exacta“, G. m. b. H., in Berlin, in Verbindung.

Die Exacta-G. m. b. H. in Berlin hatte Geld nötig, um die bei ihr vorliegenden Aufträge ausführen zu können. Das nötige Betriebskapital sollte die Stadt- und Kreisbank Grünberg, zu deren Vorstand der Oberbürgermeister Fintel und der Direktor Kaiser gehörten, vorstrecken.

Die Vorverhandlungen zwischen Oberbürgermeister Fintel und Pochwadt nahmen ihren Fortgang, deren Ergebnis aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters Fintel vom 15. August 1925 hervorgeht, in dem Oberbürgermeister Fintel bestätigt, das Aktienkapital mit 250 000 Mark wird von den Gründern aus der Exacta-Gruppe übernommen, der Rest von 50 000 Mark wird in Form von Gratzaktien der Stadtgemeinde Grünberg überlassen.

Striegau

Waldschdorf. Achtung, Parteimitglieder! Sonnabend, 10. November, findet bei Thon, in Waldschdorf, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Innerparteiliche Lage, Vorbereitung zum Bezirks-Parteitag. Als Referent erscheint von der Bezirksleitung der Genosse Abel-Weisau.

Bist du

ein pflichterführiger Genosse? Nur dann, wenn du pünktlich zum Kontroll-Totat kommst und dich reifizieren läßt.

Niederschlesien

Für das zu gründende Unternehmen Uhrenfabrik beschließt der Magistrat, in Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung dieses neuen Industriezweiges für Grünberg ein bis zu 300 000 Mark limitiertes Risiko durch die Stadt- und Kreisbank Grünberg zu übernehmen.

Nachdem die Exacta-G. m. b. H. in Berlin am 25. August 1925 auf eine Goldmarkbasis von 70 000 Mark umgestellt und dies durch Schreiben vom 29. August 1925 nach Grünberg mitgeteilt hatte, nachdem ferner am 31. August seitens der Stadtbank Grünberg mit der in Gründung begriffenen Exacta-G. m. b. H. in Grünberg ein Kreditabkommen getroffen war, erfolgte am 1. September 1925 der notarielle Abschluß des Gründungsvertrages der Exacta-G. m. b. H. in Grünberg.

- List of names and amounts: 1. Oberbürgermeister Fintel persönlich mit 5000 Mark, 2. Stadtrat Hampel persönlich mit 5000 Mark, 3. Fabrikbesitzer Gottlieb persönlich mit 5000 Mark, 4. Stadtbank Grünberg persönlich mit 5000 Mark, 5. Pochwadt mit 20 000 Mark.

Da Grundkapital war mit 100 000 Mark in Tausendmarkaktien festgelegt. Oberbürgermeister Fintel sowie der Direktor der Stadtbank Grünberg wurden Aufsichtsratsmitglieder.

Beuthen a. O.

Religion ist Opium für das Volk. Aus dieser Erkenntnis heraus vollzogen mehrere hiesige Arbeiter mit ihren Familien den Austritt aus der Kirche. Als „guter Hirte“ mußte der Pfarrer eigentlich die verlorenen Schäfchen wiederfinden, aber der stellt sich wie blind, wenn er eins von ihnen auf der Straße steht.

Sprotau

Achtung! Sonntag melden sich von 9 bis 13 Uhr alle Genossen in der „Germania“ zur Reichskontrolle. Mitgliedsbücher und Ausweise anderer Organisationen, in denen die Genossen organisiert sind, sind mitzubringen.

Liegnitz

Welche Steuern werden erhoben? Der Bezirksausschuß und der Oberpräsident haben jetzt den Gemeindefiskus hinsichtlich der Steuerzuschläge für 1928 genehmigt. Die Zuschläge sind wie folgt festgesetzt: Steuer vom Grundbesitz auf 325 Prozent (!) der staatlich veranlagten Grundvermögensteuer, bei der Gewerbesteuer auf 555 Prozent von den Steuergrundbeträgen nach dem Gewerbesteuertrag, auf 110 Prozent von den Steuergrundbeträgen nach der Lohnsumme, bei der Zweigstellensteuer auf 702 Prozent von den Steuergrundbeträgen nach dem Gewerbesteuertrag und auf 1320 Prozent nach der Lohnsumme.

Der verschwindende Roggen. Der 24jährige jehige Rentamtsassistent Oskar Bruchmann hatte eine Stellung als Wirtschaftsassistent beim Rittergutbesitzer Traun in Klein-Tinz inne. Eines Tages wollte eine Stübe bemerkt haben, wie er auf dem Boden Roggen in einen Sad, der etwa 1 1/2 Zentner saßte, füllte und der Sad plötzlich verschwand.

Aus dem Riesengebirge

Revolutionsfeier in Girschberg. Sonnabend, den 10. November, 20 Uhr, im „Berliner Hof“ Revolutionsfeier. „Die Trommler“ aus Breslau spielen. Genosse Arthur Dombrowski aus Breslau hält die Ansprache. Rosenöffnung um 19 Uhr. Alle Arbeiter von Girschberg sind herzlich eingeladen.

Achtung! Girschberger Parteimitglieder! Sonntag, den 11. November, von 10 bis 13 Uhr, findet bei dem Genossen Firsche, Geschäftsstelle 43, die Reichskontrolle statt. Jeder Genosse wird verpflichtet zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Bis zum 15. November muß die Reichskontrolle durchgeführt sein.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!